

Fachtagung »Offene
Kinder- und Jugendarbeit
wirkt politisch«
Tagungsdokumentation



OFFENE JUGEND ARBEIT



Praxis
Konzepte
Jugendpolitik



Bundesarbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und
Jugendeinrichtungen e.V.

www.bundesnetz.de

INHALT

- 3 ZUR EINFÜHRUNG**
- 5 Neues aus der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V. – BAG OKJE**
- 8 BAG OFFENE KINDER- UND JUGENDEINRICHTUNGEN E.V. UND FACHVERBAND JUGENDARBEIT / JUGENDSOZIALARBEIT BRANDENBURG E.V. SOZIALPÄDAGOGISCHES FORTBILDUNGSINSTITUT BERLIN-BRANDENBURG – SFBB JAGDSCHLOSS GLIENICKE**
Fachtagung „Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt politisch!“ – 24. Oktober 2018
- 15 PROF. DR. WERNER LINDNER**
Repolitisierung: Stand des Geschwafels
- 25 MARTIN BACHHOFER (AGJF BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.)**
Wie viele Kinder und Jugendliche erreicht die Offene Kinder- und Jugendarbeit?
- 31 WOLFGANG WITTE (BERLINER JUGENDFREIZEITANSTALTEN)**
Qualitätssicherung und -entwicklung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Das Handbuch Qualitätsmanagement der Berliner Jugendfreizeitanstalten
- 36 ROMY NOWAK (AGJF SACHSEN E.V.)**
Rechtspopulismus in der Jugendarbeit begegnen – was braucht es? Fachliche Kompetenzen im Umgang mit rassistischen Ablehnungen und antidemokratischen Haltungen
- 40 WERNER PRINZJAKOWITSCH (WIENER JUGENDZENTREN)**
Qualitäten und Wirkungen der Offenen Jugendarbeit in Österreich. Überblick über die Jugendarbeitslandschaft, Rahmenbedingungen, Qualitätsmanagement, insbesondere Evaluierung und Berichtslegung
- 46 ENRICO GLASER, JUDITH RAHNER (AMADEU ANTONIO STIFTUNG)**
„Läuft bei Dir?!“ Politische Haltung in der Jugendarbeit
- 51 MARCUS FINK, LENA SCHUSTER (KJR MÜNCHEN-LAND)**
Öffentlichkeitsarbeit für die OKJA – lokal und regional





Zur Einführung

Dieses Heft dokumentiert die diesjährige Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V., dem Herausgeber der „Offenen Jugendarbeit“. Thema der Fachtagung war: „Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt politisch!“ Neben einem Vortrag zu eher grundsätzlichen Fragen wurden sechs Workshops angeboten, in denen das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven ausgeleuchtet wurde. In den Workshops ging es sowohl um Aspekte des pädagogischen Handelns als auch um die Frage, wie Offene Kinder- und Jugendarbeit ihre Erfahrungen und Positionen im politischen Diskurs wirkungsvoller zur Geltung bringen kann.

Zunächst aber stellt sich **Volker Rohde** vor, der neue geschäftsführende Referent der BAG OKJE. Er berichtet außerdem über interne Entwicklungen bei der BAG OKJE und die Diskussion über die anstehende Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII), sicherlich ein zentrales Thema der nächsten Jahre.

Nun aber zu den einzelnen Beiträgen:

Im Anschluss an mehrere Grußworte geben wir den einführenden Vortrag von **Werner Lindner** wieder. Aus seiner Sicht stellt die Jugendarbeit zwar einen politischen Anspruch, löst diesen aber nicht ansatzweise konsequent ein. „Politische Wirksamkeit“ sei daher aktuell eher noch Auftrag und Anspruch, denn Realität. Er skizziert ein Set von Maßnahmen und Strategien, die „eine qualifizierte, konsequente und konzertierte Repolitisierung“ der Kinder- und Jugendarbeit einleiten würden.

Martin Bachhofer von der AGJF Baden-Württemberg und neuer 1. Vorsitzender der BAG OKJE berichtet im ersten Beitrag über eine empirische Erhebung zur „Reichweite“ der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in einigen Kommunen Baden-Württembergs. Von solchen Daten versprechen sich die baden-württembergischen Kolleginnen und Kollegen zu Recht ein besseres Standing in jugendpolitischen Diskussionen auf allen Ebenen.

Der Workshop von **Wolfgang Witte** geht in eine ähnliche Richtung. Er stellte im zweiten Workshop das „Handbuch Qualitätsmanagement der Berliner Jugendfreizeiteinrichtungen“ vor. Der Nachweis der Leistungen und Wirkungen der Offenen Kinder- und

Jugendarbeit ist eine zentrale Voraussetzung dafür, von der Politik als Gesprächspartner anerkannt und gesucht zu werden.

Romy Nowak von der AGJF Sachsen, die Referentin im dritten Workshop, berichtete über die strategische Partnerschaft „Eastern Europe Open Boundaries“. Ziel dieses internationalen Projekts ist es, ein europäisches Fortbildungscurriculum für demokratische Jugendarbeit zu entwickeln.

Werner Prinzjakowitsch vom Verein Wiener Jugendzentren gab zunächst einen Überblick über die Jugendarbeitsstrukturen im Nachbarland Österreich. Danach stellte er das „Wirkungskonzept“ seines Trägers vor und konkretisierte es am Beispiel von Jugendparlamenten, die von einigen Wiener Jugendzentren in einigen Stadtteilen regelmäßig durchgeführt werden.

Enrico Glaser, Judith Rahner von der Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus, beschreiben im fünften Workshop die Offene Kinder- und Jugendarbeit als per se politischen Raum und diskutierten die notwendigen fachlichen Kompetenzen von Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern im Umgang mit rassistischen Ablehnungen und antidemokratischen Haltungen bei Jugendlichen.

Für den sechsten Workshop – Öffentlichkeitsarbeit – hatten sich **Marcus Fink, Lena Schuster** vom KJR München-Land zur Verfügung gestellt. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit ist aus ihrer Sicht eine der wesentlichen Grundlagen dafür, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit in den kommunalpolitischen Diskussionen Gehör findet.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Neues aus der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. – BAG OKJE

Es tut sich was in der BAG Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen (BAG OKJE). Das zeigt sich auch am Titel unserer diesjährigen Fachtagung „Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt politisch!“, die wir gemeinsam mit dem Fachverband Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit Brandenburg e.V. am 24. Oktober im Jagdschloss Glienicke, als Gäste des Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg – SFBB durchgeführt haben. Die Ansprachen, Vorträge und Workshops

dieser Fachtagung bilden auch den Schwerpunkt dieser Ausgabe der OJA.

Aufgezeigt oder angedeutet werden die verschiedenen Ebenen und Themenfelder, auf denen bzw. in denen die Offene Kinder- und Jugendarbeit wirken kann. Durchaus bekannt kritisch hat uns dabei WERNER LINDNER (Ernst-Abbe-Hochschule Jena) in seinem Hauptvortrag u. a. deutlich gemacht, dass die bisherigen politischen Bemühungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit leider



Volker Rohde (Geschäftsführung), Björn Langert (stellv. Vorsitzender), Moritz Schwerthelm (Beisitzer), Andre Piro (Beisitzer), Anke Miebach-Stiens (Kassenwartin), Willi Liebing (Beisitzer), Martin Bachhofer (Vorsitzender), es fehlt Gunnar Czimczik (Beisitzer)

nur sehr wenig Wirkung erzeugt haben. Das sollte uns aber nicht verzagen lassen, sondern Ansporn für die zukünftigen Aufgaben und Bemühungen sein, politisches Wirken und Wirkung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit erfolgreicher zu gestalten. Die Artikel in dieser Ausgabe bieten einige Anregungen, auch für die Praxis.

Es hat sich allerdings auch einiges innerhalb der BAG OKJE getan. Einen Tag vor der Fachtagung, am 23. Oktober haben wir unsere jährliche Mitgliederversammlung durchgeführt. Dabei wurde u. a. ein neuer Vorstand gewählt. Der bisherige Vorsitzende INGO-FELIX MEIER konnte wegen einer beruflichen Veränderung innerhalb seines Arbeitgebers, die mit mehr Verantwortung und damit auch mit einem höheren Aufwand verbunden ist, nicht wieder kandidieren. INGO-FELIX MEIER hat sich in den vergangenen zwei Jahren intensiv für die Weiterentwicklung der BAG OKJE eingesetzt und dabei auch vieles erreicht. Mit ihm hat die BAG eine wesentlich stärkere Aufmerksamkeit auf bundespolitischer Ebene erlangt, was letztlich auch zu einer erheblichen Anhebung der Fördermittel aus dem Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundesministeriums führte. Wegen seiner beruflichen Verpflichtungen konnte leider auch der bisherige stellvertretende Vorsitzende, RICARDO GLASER nicht wieder kandidieren. Auch er trägt einen wesentlichen Anteil daran, dass die BAG OKJE heute stärker wahrgenommen wird. Beiden sei an dieser Stelle nochmal herzlich gedankt.

Neuer Vorsitzender der BAG OKJE ist seit dem 23.10.18 MARTIN BACHHOFER. Er ist zugleich Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) Baden-Württemberg, einer der großen und erfahrenen Landesverbände innerhalb der BAG OKJE. Als stellvertretender Vorsitzender wurde BJÖRN LANGERT gewählt.

Er kommt von der Arbeitsgemeinschaft Offene Türen (AGOT) Nordrhein-Westfalen und ist im Amt für Jugendarbeit der Ev. Kirche von Westfalen als Referent beschäftigt. Die Funktion der Kassenwartin hat ANKE MIEBACH-STIENS übernommen, sie ist Geschäftsführerin der AGJF Sachsen und war bereits zuvor im Vorstand der BAG OKJE. Den neuen Vorstand komplettieren GUNNAR CZIMZIK von der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit Niedersachsen (LAG OKJA Nds.), WILLI LIEBING von der AGOT NRW, ANDRE PIRO vom Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung juz-united und MORITZ SCHWERTHELM von der Universität Hamburg. Eine erfahrene schlagkräftige Gruppe, die die Weiterentwicklung der BAG OKJE vorantreiben wird.

Aus der bereits erwähnten Anhebung der Förderung konnte außerdem eine Personal-



Volker Rohde (Geschäftsführung)

stelle für die BAG OKJE ausgeschrieben und besetzt werden. Seit dem 1. September 2018 arbeite ich, VOLKER ROHDE, als geschäftsführender Referent bei der BAG. Zuvor war ich lange Jahre Stadtjugendpfleger und Bereichsleiter Kinder- und Jugendarbeit bei der Landeshauptstadt Hannover. Mit dieser Personalstelle erhält die BAG OKJE die Möglichkeit, innerhalb der bundesweiten Strukturen und Netzwerke kontinuierlicher und intensiver Präsenz zu zeigen. Aus der Arbeit dieser Stelle sollen zudem fachliche Impulse, z. B. zum Thema Qualitätsentwicklung, entwickelt werden, die von den Landesebenen dann in die fachliche Arbeit vor Ort einfließen können.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung war die Teilnahme der BAG OKJE an der Auftaktveranstaltung zum Prozess der SGB VIII Reform „Mitreden-Mitgestalten, die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“. Die Auftaktveranstaltung war der Startschuss für einen breiten Beteiligungs- und Dialogprozess zur Modernisierung der Kinder- und Jugendhilfe. Mit dabei waren rund 200 Teilnehmende aus Praxis und Wissenschaft der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe und der Gesundheitshilfe sowie von Bund, Ländern und Kommunen. Der Dialogprozess soll in eine Gesetzesinitiative zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe mit einer Reform des derzeit geltenden SGB VIII mün-

den. Die BAG OKJE hat bereits ihr Interesse bekundet, sich in Zusammenarbeit mit dem Kooperationsverbund Offene Kinder- und Jugendarbeit an den unterschiedlichen Dialogveranstaltungen zu beteiligen, in denen die Interessen der Akteure und Jugendlichen direkt angesprochen werden sollen. Ebenso haben wir unser Interesse an der Mitwirkung in einer den Gesamtprozess begleitenden großen Arbeitsgruppe angemeldet. Näheres zu diesem Prozess dann in einer der nächsten Ausgaben. Wer sich bereits jetzt selbst nähere Informationen einholen will, der kann diese unter www.mitreden-mitgestalten.de bekommen.

Der Prozess der SGB VIII Reform wird sicherlich ein ganz wichtiges Thema für das nächste Jahr. Was genau der neue Vorstand zudem mit der neuen Geschäftsführung konkret im nächsten Jahr bzw. in den nächsten Jahren angehen, erreichen und bewirken wird, wird dann ausführlicher in einer der nächsten Ausgaben der Zeitschrift „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ von uns berichtet. Es wird sich mit Sicherheit auch weiterhin im Kontext „Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt politisch“ bewegen. Deshalb bis dahin viel Spaß und interessante Anregungen mit bzw. aus den Themen dieser Ausgabe.

Volker Rohde

- ▶ **BUNDEARBEITSGEMEINSCHAFT OFFENE KINDER- UND JUGEND-EINRICHTUNGEN E. V. UND FACHVERBAND JUGENDARBEIT/JUGEND-SOZIALARBEIT BRANDENBURG E. V.**
- ▶ **SOZIALPÄDAGOGISCHES FORTBILDUNGSINSTITUT BERLIN-BRANDENBURG - SFBB JAGDSCHLOSS GLIENICKE**

Fachtagung „Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt politisch!“ – 24. Oktober 2018

Begrüßung

Martin Bachhofer

Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V.

Sehr geehrte Frau STAATSSSEKRETÄRIN MARKS, lieber STEFAN ZABOROWSKI, sehr geehrter Herr PROF. DR. LINDNER, liebe Referentinnen und Referenten, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen Fachtages der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen mit dem Thema „Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt politisch!“, den wir gemeinsam mit dem Fachverband Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit Brandenburg durchführen. An dieser Stelle schon mal einen herzlichen Dank an den Fachverband (SEBASTIAN MÜLLER, Geschäftsführer) für die ausgesprochen gute Zusammenarbeit in der Vorbereitung. Einen ebenso herzlichen Dank an das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg, das uns hier so wunderbare Tagungsmöglichkeiten bietet. Frau GABRIELA FÜTTERER vom

SFBB kann heute leider krankheitsbedingt nicht dabei sein.

Das diesjährige Thema der Tagung „Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt politisch!“ spiegelt auch ein wenig die Situation der BAG OKJE wieder. Nach jahrelangem, fast jahrzehntelangem eher bescheidenem Wirken der BAG, ist es uns in den vergangenen Jahren gelungen, die Offene Kinder- und Jugendarbeit als BAG in den diversen Netzwerken und Strukturen auf der Bundesebene wieder besser zu vertreten. Letztlich führte dieses Wirken auch dazu, dass wir in diesem Jahr uns über eine erhöhte Förderung durch das Bundesministerium freuen dürfen. An dieser Stelle einen herzlichen Dank, Frau MARKS. Durch diese Mittel konnten wir erstmalig eine Personalstelle für die Geschäftsführung der BAG einrichten. Seit September 2018 arbeitet mit 32 Stunden VOLKER ROHDE für die BAG OKJE. VOLKER ROHDE war zuvor über zehn Jahre sehr erfolgreich als Stadtjugendpfleger in Hannover tätig. Herzlich Willkommen Volker.

Ich will nicht verhehlen, dass diese Entwicklung nicht alleinig dem Wirken der BAG OKJE zu verdanken ist. Eine Initialzündung für die Wiederentdeckung der Potenzia-



Martin Bachhofer

le der Offenen Kinder- und Jugendarbeit war sicherlich auch der Fachkongress zur Kinder- und Jugendarbeit in Dortmund im Jahr 2016. Und hier nochmal insbesondere auch die Initiative, die aus dem Netzwerk des Kooperationsverbundes Offene Kinder- und Jugendarbeit hervorgegangen ist. Einen herzlichen Dank hierfür stellvertretend an ULLI KÖTTER, der als Sprecher des KV OKJA heute bei uns auch als Teilnehmer dabei ist.

Parallel haben sich allerdings in einigen Bundesländern neue Netzwerke, Arbeitsgemeinschaften und Landesverbände entwickelt und gegründet. Bestes Beispiel ist mit dem Fachverband Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit unser heutiger Partner dieser Veranstaltung, oder auch die neue Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit in Niedersachsen.

Nun wirkt Offene Kinder- und Jugendarbeit nicht allein deshalb politisch, weil sich neue Netzwerke und Zusammenschlüsse bilden und sich neue finanzielle Möglichkeiten für diese ergeben. Die Wirkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit entfaltet sich immer noch vor Ort in den zahlreichen und vielfältigen Einrichtungen und Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

in den Kommunen, Stadtteilen, Kleinstädten oder Dörfern. Dort erhalten Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, freiwillig und selbstbestimmt ihren Lebensalltag zu gestalten. Dort können sie Teilhabe bzw. Partizipation, Aushandlungsprozesse bis hin zur Selbstorganisation erleben. Dabei setzen sie sich mit ihren eigenen Alltagsproblemen und -möglichkeiten auseinander und finden selbstständig die für sie wichtigen gesellschaftlichen Themen und politisches Engagement.

Diese wichtigen freiwilligen und in der Freizeit stattfindenden Angebote reduzieren bzw. verschlechtern sich allerdings seit Jahren erheblich, insbesondere was die personelle Ausstattung betrifft. Dem etwas entgegenzusetzen, ist die vordringlichste Aufgabe der BAG. Darauf aufmerksam zu machen, dass Offene Kinder- und Jugendarbeit bereits bzw. immer noch wirkt, aber auch, wo die Stellschrauben für eine verbesserte Wirkung und für ein bewussteres und öffentlicheres politisches Auftreten sein können, dazu soll diese Fachtagung etwas beitragen.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine gute und interessante Veranstaltung.

Stefan Zaborowski

Stellvertretender Vorsitzender des Fachverbands Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit Brandenburg e. V.

Lieber MARTIN BACHHOFER, sehr geehrte Frau Staatssekretärin MARKS, sehr geehrter Herr WESTPHAL, sehr geehrter Herr PROF. DR. LINDNER, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, während sich Politiker*innen verschiedenster Parteien darüber Gedanken machen, inwiefern die politische Vergangenheit demokratische Erfahrungen in der ostdeutschen Gesellschaft verhinderte, erleben Fachkräfte im unmittelbaren Kontakt mit jungen Menschen ein anderes Verständnis: Jugendliche verstehen sich als Bundesbürger*innen, eigentlich sogar als Europäer*innen. Sie versuchen nicht, die ostdeutsche Geschichte für fehlende Mitwirkungsrechte in ihrer Lebenswelt verantwortlich zu machen. Sie kreiden korrekterweise uns – den Erwachsenen – unzureichende Möglichkeiten der politischen Teilhabe an.

In einer Jugendarbeitswelt, die durchgeplant ist und von formal abrechenbaren Standards strotzt, könnte sich Partizipation – was ja sowas wie politische, demokratische Jugendarbeit ist – als das Klötzchen erweisen, das in kein Förmchen zu passen scheint.

Wenn die Frage nicht lautet, ob es in der Koch-AG morgen Lasagne oder Nasi Goreng gibt, sondern sich die Beteiligungsvorhaben auf die Beschreibung und nachhaltige Gestaltung von Teilen der Lebenswelt der jungen Menschen beziehen, dauern diese Prozesse schon mal gut länger, als das ein Haushaltsjahr sein kann. Und dann weiß oft niemand genau, wie viele Anteile eines Vollzeitäquivalents in die Begleitung solcher Prozesse gesteckt werden müssen. Und im Hinblick auf die Planbarkeit wird es ganz schlimm, wenn die jungen Menschen auf

die Fragen, die ihnen Erwachsene stellen, Antworten geben, die Erwachsene nicht hören wollen. Ist das Beteiligungsprojekt dann gescheitert oder hat mensch die Geduld und die Arbeitszeit, den Anlauf zu wiederholen? Wie viel Aufwand und Ungewissheit ist die Demokratie im Alltagsgeschäft wert? Im Endeffekt könnte sich herausstellen, dass die eigentlichen Herausforderungen in der partizipativen Jugendarbeit, in der politischen Jugendarbeit, zum großen Teil sehr erwachsene Züge haben.

Denn: Jugendliche nutzen ihre Möglichkeiten, um sich zu positionieren, sich einzubringen und ihren Sozialraum nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Dabei stoßen sie bei komplexen gesellschaftlichen Fragen in aller Regel nicht – wie so manche annehmen möchten – an die Grenzen ihres abstrakten Vorstellungsvermögens. Es sind leider zu oft von Erwachsenen gemachte Institutionen, die – bewusst oder unbewusst – die kreativen Ansätze und Lösungsstrategien junger Menschen ignorieren. Ein gesundes Selbstverständnis und eine gewisse Leichtigkeit für politische Prozesse in einem naturgemäß demokratischen Arbeitsfeld sollte die Jugendarbeit daher viel stärker prägen, als die leider immer wiederkehrenden Debatten um Fördersummen und Projektanträge.

Wir freuen uns daher auf einen gemeinsamen bundesweiten Austausch zu Möglichkeiten, Qualitäten und innovativen Ansätzen der sich demokratisch engagierenden Jugendarbeit.

Ein besonderer Dank richtet sich an GABRIELA FÜTTERER vom SFBB, die heute leider krankheitsbedingt nicht hier sein kann. Sie musste in der Vorbereitung immer wieder unsere spontanen Anregungen hier vor Ort umsetzen und hat vieles aus ihrer Abwesenheit heraus geregelt. Und zugleich wünschen wir der BAG Offene Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen mit dieser Ver-



Stefan Zaborowski

anstaltung einen gelungenen Startschuss für eine wirksame und deutlich hörbare

Interessenvertretung für die Belange der Kinder- und Jugendarbeit.

Caren Marks

Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrer Fachtagung „Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt politisch“.

Lieber Herr BACHHOFER, ich möchte Ihnen zunächst zur Wahl gratulieren und Ihnen dafür danken, dass die BAG OKJE diese Fachtagung veranstaltet.

Wir haben die Förderung der BAG OKJE in 2018 erhöht, damit sie besser ihrer Rolle als Bundesverband der Fachszene offener Kinder- und Jugendeinrichtungen gerecht werden kann. Die heutige Fachtagung ist auch ein Ergebnis dieser Aufstockung.

Und lieber Herr ZABOROWSKI, herzlichen Dank dafür, dass wir hier im Sozialpädago-



Caren Marks

gischen Fortbildungsinstitut im Jagdschloss Glienicke zusammenkommen können. Es ist sehr schön hier, das verspricht einen gelungenen Veranstaltungstag!

Das Motto der Veranstaltung „Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt politisch“ möchte ich gerne aufgreifen und aus Sicht des Bundesjugendministeriums dazu einige Punkte ansprechen.

Ich möchte dabei zunächst auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit als Feld in der Jugendpolitik eingehen (1), dann etwas zur politischen Jugendbildung sagen (2) und abschließend diese Entwicklungen in die Jugendstrategie der Bundesregierung einbetten (3).

(1) (Offene) Kinder- und Jugendarbeit

Zunächst zur Bedeutung der offenen Kinder- und Jugendarbeit aus Sicht des Ministeriums: Wir bieten ja hier und heute einer Szene eine Plattform, die es in den letzten Jahren nicht leicht gehabt hat. Die Jugendarbeit an sich und die Offene Kinder- und Jugendarbeit im Besonderen ist in den letzten Jahren im Zuge der Pisa-Debatte und des Ganztagschulausbaus etwas ins Hintertreffen geraten. Es ging fast nur noch um Bildung, genauer gesagt formelle Bildung.

Erschwerend kam und kommt hinzu, dass sowohl die Budgets als auch die Personaldecke für die Jugendarbeit knapper werden. Zwar sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dazu verpflichtet, auch ein Angebot an Jugendarbeit in ihrer Jugendhilfeplanung vorzuhalten. Über die Höhe der Förderung entscheiden die örtlichen Jugendhilfeträger aber nach ihrem Ermessen, und das heißt oft nach Kassenlage.

Die Kassenlage der Jugendämter wird aber in den letzten Jahren vornehmlich von den gesetzlichen Pflichtleistungen Kita und Hilfen zu Erziehung aufgebraucht. In diesen beiden Bereichen steigen die Ausgaben

so exponentiell, dass die Jugendarbeit dabei unter die Räder zu kommen droht. Gleiches gilt für das Personal: an Erzieherinnen und Erziehern, an Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Die Kitas wetteifern um die Leute, das führt zu großer Fluktuation in den Kitas und zu Personalproblemen für die Kinder- und Jugendarbeit.

Es gibt aber Anzeichen dafür, sehr verehrte Anwesende, dass wir vor einer kleinen Trendumkehr stehen, einem Paradigmenwechsel, der der Jugendarbeit wieder etwas Rückenwind verschafft. Ich mache das fest an den Diskussionen um einen Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter. Warum?

Weil sich hier zeigt, dass das Schulsystem ein Stück weit seinen Anspruch aufgibt, die Wochentage junger Menschen bis in den späten Nachmittag am besten von sich aus regeln zu können. Wir werden keine Entwicklung zur flächendeckenden gebundenen Ganztagschule bekommen.

Die Teilnahme am Nachmittagsprogramm wird wohl weit überwiegend freiwillig bleiben und der Unterricht am Vormittag stattfinden, die proklamierte neue Rhythmisierung im Sinne einer Mischung von Unterricht und Nicht-Unterrichtselementen die Ausnahme bleiben.

Damit ist auch der Hort als klassisches Jugendhilfeangebot am Nachmittag nicht vom Aussterben bedroht, sondern erlebt eine Renaissance und wird bei der Umsetzung des Rechtsanspruches innerhalb des SGB VIII eine wesentliche Rolle spielen. So wird das Feld wieder geöffnet für eine ansprechende und bunte Gestaltung des Nachmittages nach der Maßgabe der Kinder- und Jugendarbeit, nicht als Erfüllungsgehilfen der Schule mit Verfallsdatum, sondern als anerkannter Akteur auf Augenhöhe mit eigenständigem Selbstverständnis und eigenständiger Fachlichkeit.

Das verschafft der Kinder- und Jugendarbeit noch keine Budgets oder Mitarbeiter/innen. Aber es macht Mut, Mut dafür, dass die Jugendarbeit insgesamt wieder eine Aufwertung erfahren kann.

Was bedeutet das nun für die Offene Kinder- und Jugendarbeit? Am besten ist das wohl mit dem Begriff der Freiräume umschrieben.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein eigener Sozialisationsort, d.h. ein wichtiger Ort des Aufwachsens, des sich Erlebens und Ausprobierens für junge Menschen in unserer Gesellschaft, frei von Mitgliedschaft oder Vereinszugehörigkeit. Dementsprechend ist sie als bekenntend freiwilliges Angebot ein „unverzweckter“ Ort der Selbstgestaltung und Selbsterfahrung.

Auch Offene Kinder- und Jugendarbeit kann damit der Ort für den Nachmittag sein. Warum soll sich ein Hort oder ein Schülerladen nicht als Ort der Offenen Jugendarbeit definieren oder ein Jugendzentrum / ein Jugendclub sich als Hort anbieten?

Der in § 11 SGB VIII definierte Auftrag der Jugendarbeit dürfte in der Sache auf die Nachmittagsbetreuung zutreffen. Gleiches gilt für die kulturelle oder sportliche Jugendbildung. Aber ich möchte das Feld nicht auf die Kooperation mit Schule verkürzen: Insgesamt entstehen einfach wieder mehr Entwicklungsmöglichkeiten für die „Arbeit“ mit Kindern und Jugendlichen, wenn das System Schule den Zugriff auf den Nachmittag relativiert.

(2) Politische Jugendbildung

Ich komme zu meinem zweiten Punkt, dem Politischen in der Kinder- und Jugendarbeit: Eigentlich ist die Offene Kinder- und Jugendarbeit ja gerade durch ihre Nicht-Zweckbindung gekennzeichnet und die politische Bildung findet eben in der politischen Jugendbildung statt. Das wäre aber sicher

ein zu schematischer Blick auf die Kategorien. Denn schon der letzte, der 15. Kinder- und Jugendbericht, hat herausgearbeitet, dass das politische Moment vor allem darin liegt, dass sich Kinder und Jugendliche selbst artikulieren lernen, sich als Koproduzenten ihrer Lebenswelt erleben.

Darüber können sie erlernen, dass sie Teil des Gemeinwesen sind, und dass es auf sie ankommt. Und sie lernen, sich mit anderen Menschen auszutauschen, wer möchte was, nach welchen Regeln darf sich eine Meinung durchsetzen. Insofern kann schon die Mitwirkung in einer AG zur Verschönerung des Partyraumes im Jugendclub eine durchaus politische Erfahrung sein.

Genau in dem Sinne formuliert es ja auch § 11 SGB VIII: Angebote der Jugendarbeit sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.

Und eine weitere Anmerkung: Letztlich handelt es sich auch bei der Jugendarbeit in Jugendverbänden sehr häufig um offene Angebote der Kinder- und Jugendarbeit. Die Jugendverbände verstehen sich schon selbst als Schmieden der Demokratie, in ihnen wurden auch viele politische Persönlichkeiten sozialisiert – das Modell scheint also zu funktionieren. Insofern scheint es mir geboten, die Schubladen zwischen unterschiedlichen Kategorien der Jugendarbeit auch in Frage zu stellen.

Deshalb möchten wir die Kongresse zur Jugendarbeit wie zuletzt der 2016 in Dortmund in regelmäßigen Abständen wiederholen. Tausend Teilnehmende aus Jugendverbänden, der kulturellen und sportlichen Jugendbildung sowie der internationalen und last but not least der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind ein eindrucksvoller

Beweis dafür, dass es einen großen Bedarf zum fachlichen Austausch innerhalb der gesamten Szene gibt.

Die Herausforderungen in der politischen Jugendbildung sind übrigens das Thema des 16. Kinder- und Jugendberichtes. Die Berichtskommission ist erst am vergangenen Donnerstag vom Kabinett bestätigt und im Anschluss von Ministerin Giffey berufen worden. Ich bin sehr gespannt auf die Ergebnisse, die wir dann im ersten Halbjahr 2020 erwarten. Sicher wird darin auch eine Rolle spielen, wie das politische Element in den einzelnen Bereichen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit gestärkt werden kann.

(3) Jugendstrategie der Bundesregierung

Abschließend möchte ich in meinem Grußwort kurz auf die Jugendstrategie der Bundesregierung eingehen.

Im Koalitionsvertrag heißt es: Jugend ist eine eigenständige und prägende Lebensphase, in der es darum geht, selbstständig zu werden, sich zu qualifizieren und einen Platz in der Gesellschaft zu finden.

Dazu wollen wir die eigenständige Jugendpolitik weiterführen und eine gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung entwickeln. Wir wollen Jugendliche für Politik begeistern und die Akzeptanz unserer Demokratie stärken.

Mit der „gemeinsamen Jugendstrategie der Bundesregierung“ als „Querschnittspolitik“ der relevanten Politikfelder setzen wir das um. Hierzu berufen wir eine IMA Jugend (Interministerielle Arbeitsgruppe)

unter Federführung des BMFSFJ, die am 25. Oktober 2018 erstmalig tagt. Ein Beirat der Zivilgesellschaft wird diese Jugendstrategie begleiten.

Denn Maßnahmen aller Politikfelder können besondere Auswirkungen auf die Lebenslagen der jungen Generation haben. Junge Menschen gehen tagsüber zur Schule oder machen eine Ausbildung (Bildungspolitik), nachmittags treffen sie sich in einem Jugendzentrum oder sie engagieren sich in einem Jugendverband (Jugendhilfepolitik). Dorthin gelangen sie mit dem ÖPNV (Verkehrspolitik). Abends haben sie vielleicht einen Vertrag für ein unbezahltes Praktikum im Briefkasten (Arbeitsmarktpolitik) oder auch einen verklausulierten Handyvertrag (Verbraucherschutz). Nachts warten sie (hoffentlich nicht vergeblich) auf den Bus, der sie zu einem Club bringen soll (wieder Verkehrspolitik) oder sie skypen mit ihren Freundinnen und Freunden in einer anderen Zeitzone (Digitalisierungspolitik).

Unser Ziel ist es daher, eine Jugendstrategie der gesamten Bundesregierung im Kabinett zu verabschieden. Denn es geht um einen eigenen Blick auf diese wichtige Lebensphase, nicht von der Warte der späteren Verwendbarkeit aus, sondern mit Fokus auf den Eigenwert dieser so schönen und für uns alle prägenden Zeit, etwa durch tolle Erfahrungen in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Damit schließe ich mein Grußwort, ich wünsche Ihnen heute eine sehr fruchtbare und unterhaltsame Fachtagung.

Repolitisierung: Stand des Geschwafels

Verschriftlichte und überarbeitete Version des Vortrags vom 24. Oktober 2018 in Berlin

Indikatoren für die Wirksamkeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Die Frage nach der „politischen Wirksamkeit“ der Kinder- und Jugendarbeit kann aus verschiedenen Blickwinkeln erfolgen, deren erster die *rhetorisch-symbolische* Ebene ist. Hier ist eine Vielzahl von Aufrufen, Forderungen, Positionspapieren und dergleichen mehr festzustellen, die allesamt beabsichtigen, nicht zuletzt auf politischer Ebene (irgend)eine Resonanz zu erzeugen. Allerdings ist vielfach unklar, ob all diese Dokumente wohlüberlegte Bestandteile einer durchdachten Strategie sind, oder eher Ausdruck von diffusem Handlungsdruck in Verbindung mit diversen Verlegenheiten und Hilflosigkeit. Wenn sie Bestandteil von Strategien wären, wäre zumindest zu erwarten, dass irgendwann auch etwas über die Ergebnisse bzw. den Grad der Zielerreichung dieser Strategie zu erfahren ist; und selbst wenn das je anvisierte Ziel – ganz oder teilweise – verfehlt würde, wäre auch daraus noch ein Lerngewinn zu ziehen. Hierüber aber sind keinerlei Erkenntnisse ersichtlich.

Ein weiterer Indikator für die Wirksamkeit der politischen Dimension ist die *öffentliche Verankerung von Lobbyarbeit und/oder Politikberatung bei Trägern, Verbänden, Verbänden und Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit*. Dies ist zunächst erfreulich; eine noch weitergehende Verankerung bedeutete es allerdings, wenn diese Elemente

auch in den *Konzeptionen* von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit stehen und dort auch zur *realen Umsetzung* gelangen würden. Die weitergehenden Fragen lauten dann: Haben alle diese Träger, Institutionen, Verbände und Verbände ein hinreichendes Verständnis von Lobbyarbeit und Politikberatung? Verstehen sie beide Begriffe als identisch? Haben sie im Weiteren ein hinreichendes Verständnis von den damit verbundenen *Methoden* und dem damit wiederum verbundenen *Handwerkszeug*?

Diese Frage ist deshalb von Belang, weil damit praktische, für die herkömmliche Pra-



xis der Kinder- und Jugendarbeit durchaus folgenreiche Umstrukturierungen und neue Kompetenzen auftauchen, die bislang kaum ausreichend realisiert worden sind. Was hingegen und vielfach zu beobachten ist, sind eher kurzfristig-punktuellen Fort-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote, die sich als Mixturen aus beliebigen Versatzstücken von Fachtagen, Public Relations, Vernetzung, Dienstleistungsangebot, Marketing, Internet-Umfragen, Kennzahlen-Erhebungen oder bloßer Strukturen- und Institutionenkunde zeigen. Sofern aus der unumgänglichen Komplexität und Langfristigkeit von Lobbyarbeit/Politikberatung einzelne Elemente willkürlich fragmentiert und beliebig aneinander gestückelt werden, entsteht daraus keine neue Politikgestaltungs-kompetenz, sondern bestenfalls konfuser Opportunismus – inklusive absehbar vor-programmierter Enttäuschungserfahrungen: Man probiert dann irgendetwas, erhält vielleicht nicht den gewünschten Erfolg und lässt dann wieder davon ab, weil man sich mehr davon versprochen hat.

Ein dritter Indikator für die politische Wirksamkeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) – angezielt über Lobbyarbeit und Politikberatung – ist die *empirische Ebene*. Hier sieht es zunächst durchaus bedenklich aus, denn entgegen aller Zustimmung zu Repolitisierung, Lobbyarbeit und Politikberatung hat sich die gemessene Datenlage drastisch verschlechtert; diese zeigt, dass der Anteil der Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtausgaben der Kinder- und Jugendhilfe mit gerade einmal 4,08 % den niedrigsten Wert seit Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes erreicht hat. Anzumerken ist hierzu, dass diese Zahlen allesamt Resultate politischer Entscheidungen sind; sie hätten aber durchaus auch anders ausfallen können. Warum diese Entscheidungen so und nicht

anders gefallen sind, wäre zu analysieren; denn diese Entscheidungen sind beeinfluss- und zweifellos veränderbar. Dazu müsste man allerdings in die Entscheidungslogiken der Politik eindringen – sofern diese etwas mit Logik zu tun haben.

Eine in diesem Zusammenhang ebenso aktuelle wie typische Schlagzeile aus der Frankfurter Rundschau vom 18.8.2018 lautet: „Jugendarbeit in Frankfurt: »Sozialdezernent muss sparen«“ – und diese Botschaft kommt sehr ultimativ und alternativlos daher; so als ob man Fragen dazu gar nicht mehr stellen, geschweige denn beantworten müsste. Frankfurt muss also sparen. Wirklich? Müssen sie? Könnte man nicht auch die Einnahmen erhöhen? Und: Muss man bei der Jugendarbeit sparen (immerhin einem kommunalen Pflichtbereich)? Könnte man nicht auch woanders sparen? Warum nicht beim Theater? Oder beim Zoo? Oder bei der Messegesellschaft? Haben diese Institutionen die besseren Lobbyisten? Wer hat das Einsparziel mit welcher Mehrheit entschieden? Was haben die Akteure der OKJA effektiv dagegen getan? Mit welchem Erfolg? Man könnte eine solche Kürzungsentscheidung auch Investitionsverweigerung nennen - welche Konsequenzen hätte solch eine Sichtweise? Derartige Fragen führen mitten hinein in die Politik, hier: die Kommunalpolitik. Und es ist die neue Aufgabe der OKJA, solche Fragen nicht nur zu stellen, sondern sie auch zu beantworten. (Eigentlich müsste die korrekte Schlagzeile lauten: „Sozialdezernent *will* bei der Jugendarbeit sparen.“)

Der empirische Blick der Kinder- und Jugendarbeit kann sich auch auf die einzelnen Bundesländer richten. Hier könnte man in einem Schnellschuss behaupten: Überall, wo die Bestandszahlen dieses Arbeitsfeldes wachsen, wurde wohl gute Lobbyarbeit geleistet; und wo die Zahlen negativ sind: schlechte Lobbyarbeit. Ob eine solche Kau-

salbehauptung zutrifft, muss offen bleiben. Denn bisweilen steht die Jugendarbeit unter dem Einfluss von Entscheidungen, für die sie selbst gar nichts kann und an denen sie selbst überhaupt nichts beeinflusst hat. Solche Einfluss-Dimensionen wären z. B. die Rechtslage, die finanziellen Rahmenbedingungen, (Kommunal-)Wahlen oder gesellschaftliche Entwicklungen, wie zum Beispiel der Themenbereich Flüchtlinge und Zuwanderung.

Jenseits solch überblicksartiger und eher skeptischer Perspektiven gibt es aber immer wieder auch punktuell erfreuliche Nachrichten für die Kinder- und Jugendarbeit, in denen von Mittel- und Stellenzuwächsen zu erfahren ist. Aber auch diese Einblicke geben Anlass zu vielfältigen Interpretationen und Fragestellungen, wie z. B.: Wie wurden diese Erhöhungen erzielt? Waren das Erfolge von Lobbyarbeit? Oder ist diese Entwicklung erfolgt, weil einfach einmal Finanzmittel vorhanden waren? Oder hatte sie ganz andere Gründe? Wenn ja: Welche? Wenn es Erfolge von Lobbyarbeit waren: Was genau haben die Akteure dafür getan? Ist deren Handeln übertragbar? War es ein Einmal-Erfolg, eine kleine Konjunktur-Spritze, wie sie die OKJA seit jeher ab und an mal verpasst bekommt (aktuell für die Arbeit mit Flüchtlingen, Salafismusprävention, neuerdings wieder politische Bildung oder Demokratieförderung)? Und: was passiert, wenn die Politik auf einmal „keine Lust“ mehr hat bzw. keinen Anlass mehr zu weiterer Unterstützung sieht? Oder ist hier am Ende eine überdauernde strukturelle Wertschätzung ersichtlich? Welche Erwartungen an die Kinder- und Jugendarbeit verbinden sich damit? Und: was passiert, wenn diese Erwartungen womöglich nicht eingelöst werden?

Eine nachhaltige Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit wird nicht durch die isolierte Unterstützung einzelner segmentier-

ter Förderimpulse gelingen können, sondern nur durch konzertiertes strategisches Vorgehen, das annähernd gleichzeitig auf mehreren Ebenen zu erfolgen hätte: auf der Ebene der Fachkräfte und deren Qualifikation, auf der Ebene der Ausbildung, auf der Ebene der Theorie und der Forschung. Davon aber ist – soweit ersichtlich – kaum etwas zu bemerken. Was zurzeit bleibt, wäre: sich darüber zu freuen, dass es ist, wie es ist und solange es so ist; und besser nicht nach dem Morgen zu fragen – also ungefähr das genaue Gegenteil von professionell-strategischer Reflexivität.

Politikberatung/ Lobbyarbeit/ Politikgestaltung ist Bestandteil sozialarbeiterischer Professionalität

Wenn der Blick über den aktuellen Tellerrand hinaus gewagt werden soll, stehen einige Herausforderungen an, die im Folgenden ein wenig ausgeleuchtet werden sollen. Die all diesen Herausforderungen zunächst unterliegende Klärungsfrage lautet: *Lobbyarbeit, Politikberatung, Politikgestaltung in der Kinder- und Jugendarbeit ... Dürfen die das?*“ Zur möglichen Beantwortung bzw. Auseinandersetzung mit dieser Frage werden nachfolgend einige Hinweise gegeben:

1. *„Unpolitisch sein heißt politisch zu sein, ohne es zu merken.“ (Rosa Luxemburg)*

Eine solche Aussage ist vielleicht allzu programmatisch-philosophisch. Aber dies bedeutet: es gibt kein unpolitisches Tun; das, was Akteure der Kinder- und Jugendarbeit treiben, ist politisch – ob es sie es bemerken oder nicht. Dies bedeutet aber nicht: Irgendwie ist Jugendarbeit ja sowieso immer „irgendwie“ politisch. Ein reflektiertes Politikverständnis richtet sich konkret aus auf das politische System und seine Entscheidungen. Nur „irgendwie“ politisch sein, ist

damit nicht gemeint, sondern die Frage, was genau die Akteure der Kinder- und Jugendarbeit in diesem Bereich konkret tun.

2. *„Nicht die Pädagogik baut das Erziehungswesen, sondern die Politik. Nicht Ethik und Philosophie bestimmt das Ziel nach allgemein gültigen Werten, sondern die herrschende Klasse nach ihren Machtzielen ...“* (Siegfried Bernfeld, 1925)

Diese Aussage hört sich sehr nach tradiertem Klassenkampf an, aber sie bestimmt sehr apodiktisch, wer demnach wirklich „regiert“. (Eine etwas modernere, sarkastische Version dieses Befundes hat seinerzeit Frank Zappa geliefert: „Government is the entertainment division of the military-industrial complex.“)

3. Weitere Hinweise zum politischen Auftrag der Kinder- und Jugendarbeit wären mühelos mit Zitatsnachweisen von diversen „Klassikern der Sozialen Arbeit“ zu füllen: Johann-Heinrich Pestalozzi, Saul Alinsky, Hans-Uwe Otto; aus der Fülle des theoretischen Materials kann zunächst noch Sylvia Staub-Bernasconi heran gezogen werden: *„SozialarbeiterInnen werden nicht zu PolitikerInnen, wenn sie sich (...) in soziale Bewegungen einbringen, in politische Prozesse einmischen, (...). Sie haben sich vielmehr aufgrund ihres Mandates und dem darin enthaltenen Ethikkodex – sachlich wie leidenschaftlich – in die politischen Auseinandersetzungen einzumischen. Dabei folgen sie einer alten Sozialarbeitstradition (...)* »transforming private trouble in public issues and social policies«.

4. Es schließt sich an Günter Rieger mit seinem Befund: *„(Der lebensweltorientierte Ansatz) erschöpft sich nicht in kritischer Haltung und Widerständigkeit – wiewohl er auch diese beinhaltet. Er weist Politik machen (policymaking) als unverzichtbares Element sozialpädagogischer Professionalität aus und begreift politisches Handeln als Teil*

ihres alltagsorientierten Unterstützungs-handelns. (...) Politische Reflexivität und politisches Handeln gehören hier zum Kern sozialpädagogischer Professionalität. (...) Auftrag Sozialer Arbeit ist es mithin auch, zur selbstständigen politischen Interessenvertretung zu befähigen.“

5. Aktuell dazu ist zuletzt Bernd Dollinger heranzuziehen mit seiner Auffassung: *„...so kann die Jugendhilfe nicht nicht-politisch begründet werden. Die Wahrnehmung von sozialen Problemen – und mit ihr die jeweiligen Begründungsfiguren und Lösungsvorstellungen – ist in jedem Fall politisch qualifiziert (...); eine nicht politische Jugendhilfe kann es nicht geben.“* (vgl. das o. g. Zitat Rosa Luxemburg!)

6. Falls die vorgehenden Aussagen zu abstrakt-theoretisch erscheinen, kann die Repolitisierung auch mit dem § 1 SGB VIII begründet werden: *„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. (...) (3) Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Abs.1 insbesondere (...) 4. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“* – Diese Rechtssätze formulieren einen offensiven Einmischungsauftrag.

7. Ähnlich konkret wird die AGJ, deren Monopolkommission (2006) ausführt, *„... dass die Träger der Kinder- und Jugendhilfe nicht nur als unmittelbare Leistungserbringer agieren, sondern darüber hinausgehend dazu aufgefordert sind, als Interessenvertreter der Adressaten und Adressatinnen deren Belange in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.“*

8. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) besagt in ihrem Arbeitspapier „Kommune als Ort

der Jugendpolitik“: *„Auftrag der Jugendarbeit ist es, an den Interessen der jungen Menschen anknüpfend und im Interesse der Jugendlichen politische Entscheidungen zu befördern.“*

9. Die AGOT NRW hat aktuell eine Arbeitshilfe herausgegeben unter dem Titel: *„Lobbyarbeit in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine Arbeitshilfe zur Durchsetzung politischer Interessen vor Ort.“*

10. Auch einige Themen beim aktuellen 5. Berufskongress für die Soziale Arbeit bezeugen eine aktive politische Arbeit als Element professionellen Handelns, wie z. B. die AG-Titel *„Profession erhebt ihre Stimme“* oder *„Das politische Mandat der Jugendarbeit – Aufbruch und Entgrenzung zugunsten der eigenen Profession und Disziplin“* bezeugen.

11. Schließlich werden die Kompetenzen der Kinder- und Jugendarbeit bereits in (mindestens) nachfolgenden Projekten aktiv trainiert und eingeübt: *Praxisentwicklungsprojekt für die kommunale Etablierung einer lokalen Jugendpolitik in ausgewählten Kommunen in Rheinland-Pfalz (Nov. 2017-Nov. 2019)// Kommunale Verankerung der eigenständigen Jugendpolitik in Thüringen (Okt. 2018-2020)// European Pilot Training „Lobbying for Youth Work“ (Okt. 2018-Okt. 2020).*

Es besteht mithin eine ergiebige Anzahl von Hinweisen und Begründungen für die Plausibilität und Legitimität von Politikberatung/ Lobbyarbeit/ Politikgestaltung in der OKJA. Trotzdem kann es passieren, dass ängstliche, uninformierte oder spitzfindige Vorgesetzte die PraktikerInnen der Jugendarbeit anfragen: „Zeigen Sie mir doch einmal Ihre Arbeitsplatzbeschreibung, oder Ihren Arbeitsvertrag. Steht da etwas von Politikberatung oder Politikgestaltung? Nein. Also ist das Thema für mich erledigt.“ Selbstverständlich sollen und müssen Prak-

tikerInnen den Dienstweg einhalten, denn Politikgestaltung ist keine subversive Veranstaltung. Wenn OKJA-PraktikerInnen allerdings an Grenzen gehen und ihre Handlungsspielräume ausweiten sollten, so ist dies Bestandteil ihrer sozialarbeiterischen Professionalität und keine individuelle Aufsässigkeit. Zudem arbeiten diese PraktikerInnen in Netzwerken, Arbeitskreisen und sonstigen Runden; sie haben Kontakt zum Jugendhilfe-Ausschuss; sie kommen in Kontakt mit PolitikerInnen – zufällig oder geplant. Sie werden um fachliche Stellungnahmen gebeten; sie erzeugen Daten und Fakten, z. B. bei Jugendumfragen i.w.S.; sie wirken mit an der Interpretation der Daten. Dies alles sind optionale Einstiegskanäle in die Politikgestaltung, die (mit Verweis auf die Zitate) lediglich darin besteht, die eigene Arbeit professionell zu bewerkstelligen. Darüber hinaus können Fachkräfte auch agieren als Vereinsvorsitzende, als Elternteil oder als Bürger einer Stadt. Ohnehin besteht politisches Handeln aus formellen Anteilen und aus informellen Elementen und gleicht insofern dem bekannten Eisberg-Modell. Die Möglichkeiten, hier aktiv zu werden, sind also da und niemand muss sich hier künstlich dümmert stellen, als er ist.

Fachliche, politische und soziale Robustheit

Professionelle Kinder- und Jugendarbeit ist nicht mit Politik identisch. Aber sie darf/ kann/ muss auf Politik im Rahmen ihrer institutionellen Möglichkeiten Einfluss nehmen. Damit kommen ihr neue Aufgaben zu in der Politikberatung, der Politikimplementierung, in der Wahrnehmung ihres advokatorischen Mandats und im Engagement für eine Jugendarbeitspolitik. Bisher stand die Kinder- und Jugendarbeit in der Regel auf einem einzigen Standbein; und das war ihre

sozialpädagogische Fachlichkeit. Diese Fachlichkeit ist immer in Bewegung, aber sie ist auf Anerkennung von außen angewiesen und beruht auf bestimmten Gütekriterien. Kinder- und Jugendarbeit beansprucht eine Expertise; das bedeutet: sie ist – dem Anspruch nach – für etwas zuständig mit einem gewissen Spezialwissen und Sonder-Können, das andere Professionen so nicht aufbringen können. Diese Dimension wird politikwissenschaftlich bezeichnet als epistemische Robustheit:

Die fachwissenschaftliche Expertise der Jugendarbeit ist gekennzeichnet durch eine Stabilität ihrer methodischen Verfahren, theoretischen, juristischen Grundlagen und empirischen Ergebnisse (Wirkungen), die auch bei ungenau bekannten oder schwankenden Sachumständen unverändert bleibt. Sie wird von unterschiedlichen Adressaten als valide eingeschätzt.

90% der Aktivitäten in der Kinder- und Jugendarbeit bearbeiten dieses Feld in Tagungen, Methoden, Theorien, Forschungen und Praxisentwicklungen; aber damit steht das Arbeitsfeld symbolisch gesehen nur auf einem Bein; und dies ist eine wacklige und unsichere Position. Erhöhte Stabilität verleiht daher ein zweites Standbein in Gestalt der *politischen Robustheit*:

Die Expertise der Jugendarbeit muss sich im politischen Kontext vor einer größeren Gruppe als nur der eigenen, fachwissenschaftlichen bewähren. Sie ist für unterschiedliche (politische) Werthaltungen annehmbar und ohne Umdeutungen und Instrumentalisierungen anschlussfähig für den (kommunal)politischen Prozess.

Im professionellen Anspruch ist es essentiell, dass die OKJA selbstverständlich im Interesse von Kindern und Jugendlichen handelt; und insofern stellen die Interessen ihrer AdressatInnen unumgänglich die Grundlage dar für das Handeln in diesem

sozialpädagogischen Arbeitsfeld. Allerdings besteht eine Nahtstelle im Unterschied von Jugendpolitik und Jugendarbeitspolitik: die OKJA-Akteure müssen sich die kritische Frage gefallen lassen, inwiefern sie ihr Handeln auch wirklich am Interesse von Kindern und Jugendlichen ausrichten. Zwar gibt es Verbindungen zwischen den beiden o.g. Feldern, aber sie sind nicht identisch. Um diese Differenz zu überbrücken, wird zurückgegriffen auf den Begriff der „*sozialen Robustheit*“. Dieser stammt ursprünglich aus dem Bereich der Technikfolgenabschätzung und der Technologiepolitik und soll gewährleisten, dass nicht nur Experten und Politik sich einig sind, sondern auch die Betroffenen selbst dabei eine Rolle spielen:

Die soziale Expertise der Jugendarbeit bezieht sich auf die Berücksichtigung und Integration jugendlicher Interessen und Perspektiven. Sozial robust ist die Expertise, wenn diese nicht nur im Labor, sondern in der Realität auf Gültigkeit getestet ist und an der Entscheidungsproduktion eine erweiterte Gruppe von Laien und Betroffenen (Jugendlichen) beteiligt ist.

Die vorgenannten Felder der epistemischen (fachlich-wissenschaftlichen) Robustheit und der politischen Robustheit folgen unterschiedlichen Steuerungsmaximen. Die fachlich-wissenschaftliche Seite unterliegt dem Steuerungsmodus „Wahrheit“; die politische Seite unterliegt der Steuerungsmaxime „Macht/ Mehrheit“. Solange die Kinder- und Jugendarbeit für ihre fachlichen „Wahrheiten“ keine politischen Mehrheiten erhält, sind Bestand und Entwicklung ihres Arbeitsfeldes vor Probleme gestellt. Solange die OKJA nur ihre fachlichen Wahrheiten fixiert, ist sie in einer Lage der „Wahrheit ohne Macht“: Ohnmacht. Erst mit der zusätzlichen Berücksichtigung der (neuen Kategorie der) politischen Robustheit steht sie auf zwei bzw. drei Beinen. Die drei dargestellten

Kategorien der epistemischen, politischen und sozialen Robustheit stützen sich mithin wechselseitig ab in einer Konstellation aus Jugendlichen, Jugendarbeit und Jugendpolitik; zieht man einen Stützpfeiler weg, bricht das Modell der Neuen und Eigenständigen Jugendpolitik zusammen:

Jugendpolitik und Jugendarbeit ohne Jugendliche macht ersichtlich keinen Sinn; eine Jugendpolitik völlig ohne Jugendliche ist zwar theoretisch vorstellbar (und wird durchaus noch praktiziert); aber wenn dies allen Ernstes als Modell gelten sollte, wären sämtliche Bemühungen um Partizipation, Mitwirkungen und Mitbestimmung Jugendlischer entbehrlich.

Jugendarbeit und Jugendliche ohne Jugendpolitik funktioniert genauso wenig, weil dann sämtliche Rahmungen, Programme und Ressourcen zur Steuerung und Umsetzung wegfielen.

Jugendpolitik und Jugendliche ohne Jugendarbeit dürfte auch kaum erfolgreich funktionieren, weil dann die Programme der Politik und die Interessen der Jugendlichen keine Ankerpunkte zur konkreten Umsetzung finden würden.

Selbstverständlich können PolitikerInnen und Jugendliche auch direkt miteinander kommunizieren, ohne die Kinder- und Jugendarbeit. Aber PolitikerInnen verfügen über keine sozialpädagogische Expertise und über keine bildungspädagogischen Kompetenzen; genau darauf aber kommt es an, wenn deren Programme ansatzweise erfolgreich umgesetzt werden sollen. Hier hat die Politik einen erheblichen Beratungs- Unterstützungs- und Implementationsbedarf und die Frage ist, inwiefern die OKJA in der Lage ist, diesen Beratungsbedarf kompetent zu bedienen - oder auch zu verspielen.

Sofern die These gilt, dass **Kinder- und Jugendarbeit der „Motor“ der Neuen und Eigenständigen Jugendpolitik** ist, wird damit

die **Verbindungs- und Überkreuzungszone von Jugendpolitik und Jugendarbeitspolitik** markiert: Denn die eine ist ohne die andere nicht zu haben; und zum aktuellen Zeitpunkt sind schlichtweg keine anderen überzeugenden Akteure oder Treiber identifizierbar. Die Frage, ob die OKJA diese neue Aufgabe erfolgreich ausführen kann, ist damit noch nicht beantwortet. Die bisherigen Kompetenzen der Kinder- und Jugendarbeit sind zwar *strukturell* plausibel: Zum Einen ist gerade hier eine ganz spezifische Expertise für Kinder und Jugendliche – zumindest dem Anspruch nach – zu verorten, die hohe Übereinstimmungen mit der Programmatik der Neuen und Eigenständigen Jugendpolitik beinhaltet: Kinder- und Jugendarbeit ist ein allgemeines Regelangebot für *alle* Kinder und Jugendlichen. Die Fachkräfte verfügen über breites und alltagsnahes Wissen zu Themen, Interessen und Problemen Jugendlischer wie auch ihrer vielfältigen Lebenslagen und Lebenswelten. Sie sind im alltäglichen nahen Kontakt mit ihren AdressatInnen und verfügen – hoffentlich – über ausgewiesene Spezial-Kompetenzen in den Themenfeldern Partizipation, Pädagogik der Anerkennung, Subjektorientierung, Bildung, Beratung und Lebensbewältigung/ Lebensgestaltung. Die Kinder- und Jugendarbeit ist weithin das einzige öffentliche Handlungsfeld, in dem *alle jungen Menschen ohne einen durch Probleme, Erziehungsbedürftigkeiten, Defizite oder Mängel vorgeprägten Blick* zwanglos und selbstbestimmt, jenseits von kommerziellen oder anderen instrumentellen Absichten ihren Interessen verantwortungsvoll nachgehen und sich dabei noch in Bildungsprozessen engagieren können.

Die These lautet jedoch, dass die Kinder- und Jugendarbeit ihr sozialpädagogisches Know How dringend mit politischem Know How zu verknüpfen hätte. Darin besteht die neue Herausforderung; und hierfür liegt im

Feld der Politik und der Politikwissenschaft ein erhebliches ergänzendes und bislang unerschlossenes Anregungspotenzial. Dieses Anregungspotenzial ist selbstverständlich kritisch zu prüfen. (Es gab Zeiten, in denen das dominante Anregungs- und Innovationspotenzial für die OKJA aus der Betriebswirtschaft entstammte und vielfach blind übernommen oder aufbefohlen wurde; mit den bekannten Folgen.)

Anforderungen an die Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die aktuelle Anforderung besteht darin, die politische Re-Orientierung der OKJA insbesondere unter Einbezug von Kindern und Jugendlichen umzusetzen. Hier hat die OKJA zunächst ihre Expertise auf der wissenschaftlichen Ebene zu qualifizieren: Daten, Fakten, Theorien. Auch wenn wir derzeit mit dem 15. Kinder- und Jugendbericht über eine umfassende Handreichung zur empirischen Lage von Jugendlichen verfügen, besteht weiterhin großer Handlungsbedarf auf der kommunalen Ebene.

1. Die Handlungs- und Leistungsfähigkeit der Jugendhilfeplanung ist immer noch als höchst unbefriedigend einzustufen.

2. Gleiches gilt für die im Arbeitsfeld selbst vorhandenen Forschungskapazitäten und Bereitschaften der Fachkräfte, selbst Daten zu erzeugen, um ihre Expertise zu validieren.

3. Im Hinblick auf eine angemessene Evaluation der Leistungsfähigkeit der Kinder- und Jugendarbeit ist derzeit so gut wie nichts wirklich Vorwärtsweisendes zu verzeichnen.

Erforderlich wäre eine reflektierte „Datenkultur“ in der OKJA, aber davon ist eher wenig zu ersehen. Sozialpädagogische Fachkräfte besuchen mit fröhlich-affirmativer Begeisterung Veranstaltungen, auf denen aktuelles, für ihr Arbeitsfeld vermeintlich

relevantes wissenschaftliches Wissen nach dem Motto vorgestellt wird: „Die Wissenschaft hat festgestellt ...“. Hierunter fallen z. B. die periodischen Vermarktungstagungen der SINUS-, -SHELL- oder JIM-Studien (zum Mediengebrauch Jugendlicher), die alarmistischen Gefährdungs-Veranstaltungen von Jugendschutzstellen oder auch aktuell die Präsentation des 15. Kinder- und Jugendberichts. Die Naivität solcher Aktivitäten ergibt sich daraus, dass die reine Vorstellung wissenschaftlicher Ergebnisse in der Regel breitesten Raum einnimmt, aber deren Entstehung wie auch *weitere strategische Verwendung* kaum erörtert werden und so über den Befund folgenloser Richtigkeit kaum hinausgelangen. Höchstwahrscheinlich wissen Fachkräfte eine ganze Menge über die Kinder und Jugendlichen, mit denen sie es zu tun haben; aber dieses Wissen bleibt verstreut und wird nicht systematisch eingesetzt. Konkreter Bestandteil einer neuen Datenkultur wäre hier zumindest die *Erstellung eines Datenkonzeptes*, in dem der aktuelle Stand der Expertise und die damit verbundenen Entwicklungsbedarfe zunächst einmal festgestellt werden.

Unter der Voraussetzung, dass diese Anforderungen erfüllt wären, entsteht ein nächstes Problem: Wenn OKJA diese empirische Expertise *hätte* – was fängt sie dann damit an? Damit eröffnet sich die spezielle sozialpädagogische Dimension der Kinder- und Jugendarbeit. Die beiden charakteristischen Kernthemen der Jugendarbeit lauten „Bildung“ und „Partizipation“; aktuell in der Variante „Demokratie- oder Menschenrechtsbildung“. Diese beiden Aspekte sind wiederum miteinander verbunden; und beides sind zutiefst pädagogische Themen. Die Essenz jeglicher Pädagogik ist die *Didaktik*, als Wissenschaft und als Handwerkzeug. Bildungsfragen haben vor einigen Jahren – zuzeiten der PISA-Studie – die Kinder- und

Jugendarbeit kurz beschäftigt. Aber – bis zum Beweis des Gegenteils – wird die These vertreten, dass die zentralen pädagogischen handlungspraktischen Grundlagen informaler und nonformaler Bildung bis zum heutigen Tage immer noch nicht in die Tiefenstruktur der Kinder- und Jugendarbeit eingedrungen sind: Wenn man Fachkräfte der OKJA nach ihrem Bildungsverständnis und ihren bildungskonzeptionellen Basics befragte und dazu noch, wie sie diese *handlungspraktisch* umsetzen, dürften die Antworten womöglich ernüchternd ausfallen. Was ist z. B. von dem Buch „Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit“ (2009) wirklich in der Praxis angekommen? Auch die aktuellere Arbeit zum Konzept des „Arrangierens“ (LINDNER 2014) als Grammatik jeglichen pädagogischen Handelns und als didaktischem Kern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit hat bis heute keinerlei Resonanzen über irgendeine Adaption bzw. Umsetzung gezeigt.

Die mit diesen beiden Zugängen verbundene, nächste Anforderung lautet: *demokratisch-politisches Empowerment Jugendlicher*. Diese Anforderung bezieht sich auf das Vermögen, die Anliegen Jugendlicher wirksam in die politischen Entscheidungsprozesse einzuspeisen. Dazu ist ein kompetentes strategisches Navigieren erforderlich, das sich idealtypisch auf vier Ebenen abspielt. Die damit verbundenen weiteren Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit bestehen darin, das Wechselspiel auf 1. pädagogischen und 2. politischen Bühnen, von Konsens und Konflikt, von Tun und Lassen sowohl in 3. formellen wie 4. informellen Handlungsarenen zu beherrschen, um den Belangen von Kindern und Jugendlichen in Kooperation/Koordination mit diesen wirksame Geltung in der (Kommunal-)Politik zu verschaffen. Kinder- und Jugendarbeit agiert hier als Vermittlungsinstanz zwischen der staatlich gewünschten Beteiligung „der Politik“ als

Topdown-Ansatz in Form von sogenannter „invited participation“ und dem Engagement Jugendlicher „von unten“ aus der Zone des Politischen, dem Bottom-up-Ansatz in Form von „uninvited“ oder „invented participation“: also uneingeladener oder kreativer Einmischungen. Damit befindet sich die Kinder- und Jugendarbeit mitten zwischen den Fronten im Spannungsfeld zweier Zonen: zwischen den berechtigten Interessen des Staates und den nicht minder berechtigten Interessen von Kindern und Jugendlichen (Siegfried Bernfeld). Hier agiert sie – je nach Anforderung professionsethischer, advokatorischer, demokratiekonzeptioneller, handlungspraktischer und kommunalpolitischer Aufgabenstellung – als Schleusenwärter, Durchlauferhitzer, Moderator, Lobbyist, Ausbremsler, Vermittler oder Demokratiebeschleuniger.

Die ineinandergreifende Kombination von sozialpädagogischen wie politik-unterstützenden Aufgaben werden insbesondere deutlich im Themenfeld Partizipation/Demokratieförderung. Denn Partizipation ist nicht nur eine individuelle Lern- und Entwicklungsaufgabe für junge Menschen, sondern wird unweigerlich politisch, sofern daraus auch Konsequenzen für das öffentliche sowie das kommunale Miteinander gezogen werden; dann geht es nämlich um Interessen und um Macht – um legitime, demokratische Macht. Und auch hier hätte die OKJA einen legitimen pädagogisch-politischen Bildungsauftrag, aber zugleich einen legitimen politischen Mitgestaltungsauftrag.

Spätestens hier wäre es an der Zeit, nachzufragen: WISSEN denn die Akteure der OKJA schon, was nun auf sie zukommt? Und: KÖNNEN sie diesen Anforderungen irgend entsprechen?

Die These lautet, dass die OKJA punktuell gerade dabei ist, sich mit den neuen Anforderungen vertraut zu machen; sie hätte in

jedem Fall nicht nur *genug*, sondern es auch mit *anspruchsvollen* Aufgaben zu tun, die kaum Rückgriffe auf zurückliegende Muster erlauben. Denn die bisherige Tradition der Kinder- und Jugendarbeit im Angesicht neuer Aufgaben ist bekannt: Sobald ein neues Konjunkturthema ansteht, ob Inklusion, Nachhaltigkeit, Neue Medien, Flüchtlinge oder Gender, springt die Kinder- und Jugendarbeit schnell auf; es folgt eine dichte Kaskade von Tagungen, Zeitschriftenbeiträgen und den üblichen punktuellen Weiterbildungen. Wie in der Bulimie wird das neue Thema halbverdaut wieder ausgekotzt, um nur kein Förderprogramm auszulassen. Sodann folgt die nächste Welle, jetzt gerade (und nach Jahren wieder einmal): Politische Bildung, Demokratie-Lernen usw. So übt sich die OKJA in geschäftigem Leerlauf – und kommt real keinen Schritt voran – außer an der Erkenntnis, dass vieles von dem, was sie treibt, ihr wohl seltsam bekannt vorkommt. Nur so ist es zu erklären, dass im 15. Kinder- und Jugendbericht verlautbart, die Kinder- und Jugendarbeit hätte ihre Konturen verloren. Kein Wunder – sie macht ja auch jeden Unfug besinnungslos mit. Zwar werden stets pflichtschuldig die besonderen eigenen Professionalitätsstandards angeführt, aber das hindert niemanden daran, bei allen auch noch so zweifelhaften Aktionsprogrammen mitzuspielen.

Literatur (Auswahl)

SIEGFRIED BERNFELD: **Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung**. Leipzig 1925

CLOOS, PETER U. A.: **Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit**. Wiesbaden 2009

RIEGER, GÜNTER. (2016): **Lebensweltorientierte Sozialarbeitspolitik**. In: GRUNWALD, K./ THIRSCH, H. (HRSG.): **Praxishandbuch lebensweltorientierte soziale Arbeit**. 3. Aufl. Weinheim, S. 499-508

DOLLINGER, BERND (2018): **Die politische Dimen-**

Fazit

Die politische Wirksamkeit der OKJA ist derzeit eher fragil; insofern erscheint die Kategorie der ‚politischen Wirksamkeit‘ eher als noch einzulösender Auftrag, denn als Realität. Zu erinnern ist an die strukturell ähnliche Situation des Jahres 2002: Nach der ersten PISA-Studie war die gesamte bundesdeutsche Bildungsdebatte neu ins Rollen gekommen; die Kinder- und Jugendarbeit hatte sich damals – unter Bezug auf ihren eigenen sozialpädagogischen Bildungsauftrag und ihre eigenen Bildungstraditionen – mit großen Hoffnungen und Erwartungen in dieses Spiel hineinbegeben. Was heute daraus geworden, und was davon geblieben ist, kann nur mit großer Ernüchterung quittiert werden. Ein in diesem Kontext zutreffendes Wort besagt: „Wer aus der Geschichte nichts lernt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen“ (Übersetzung aus: Santayana 1905). Insofern könnte für die Kinder- und Jugendarbeit daraus eine aktuelle Entwicklungsaufgabe resultieren:

Die sich aktuell in den Themenkomplexen „Jugend, Jugendpolitik und Demokratiebildung“ auftuenden Chancen werden nur durch eine qualifizierte, konsequente und konzertierte Repolitisierung eingelöst – oder durch Dilettantismus und bloßes „Geschwafel“ verspielt.

sion der Jugendhilfe. In: BÖLLERT, K. (HRSG.): **Kompodium Kinder- und Jugendhilfe**. Wiesbaden, S. 315 – 333

LINDNER, WERNER (2014): **Pädagogische Praktiken: Arrangieren**. Stuttgart

SANTAYANA GEORGE (1905): **The Life of Reason**, Band 1, Reason in Common Sense (1905), Kapitel 12

STAUB-BERNASCONI, SYLVIA (2018): **Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft**. Opladen, S. 152

Workshop 1

Wie viele Kinder und Jugendliche erreicht die Offene Kinder- und Jugendarbeit?

Bericht Burkhard Fehlren

MARTIN BACHHOFER berichtete in diesem Workshop über das Projekt „Reichweitenuntersuchung (RWU)“, das 2016/17 in Baden-Württemberg im Rahmen des „Zukunftsplan Jugend“¹ durchgeführt wurde. Mit sechs lokalen Partnern (davon ein Verbund mehrerer Kommunen) wurden empirische Erhebungen zur Nutzung von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, teilweise auch zur Lebenslage aller Kinder und Jugendlichen in den beteiligten Städten durch Hochschulen oder Forschungseinrichtungen durchgeführt. Schwerpunktmäßig wurden die Daten mit quantitativen Methoden erhoben, teilweise aber auch mit qualitativen (z. B. Interviews mit Jugendlichen). Ein Projekt wurde mit der Mobilien Jugendarbeit durchgeführt und sollte Aneignungsprozesse Jugendlicher von öffentlichen Räumen aufklären. Der Schwerpunkt dieses Berichts liegt jedoch bei den drei einrichtungsbezogenen Untersuchungen.

Ziel der Untersuchungen war zunächst, verlässliche Daten über die Nutzung von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu generieren. Solche Daten helfen, mit handfesten Argumenten dem wiederkehrenden Gerücht entgegenzutreten, dass das Interesse der Kinder und Jugendlichen an solchen Einrichtungen marginal geworden ist. Das Untersuchungsinteresse richtete sich aber nicht allein auf die Frage, wie viele Kinder und Jugendliche kommen, sondern auch auf die Art und

Weise, wie sie die Einrichtungen mit ihren unterschiedlichen Angeboten nutzen (also z. B. „Nutzungsmotive“ bzw. Interessen, die vorhanden sind, für deren Realisierung in den Einrichtungen aber keine Ressourcen zur Verfügung stehen). Dort, wo die Untersuchung auf die Lebenslage aller Kinder und Jugendlichen ausgedehnt wurde (also auch Nichtbesucherinnen und -besucher einbezogen wurden), galt das Forschungsinteresse explizit auch der Frage, welche strukturellen und konzeptionellen Veränderungen angesagt sind, um der sich verändernden Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden.

„Die Lebensbedingungen junger Menschen unterliegen einem Wandel: Die Etablierung von Ganztageschulen, das Aufwachsen als „Digital Native“ in vernetzten Lebenswelten sowie die zunehmende Durchstrukturierung von Freizeit sind prominente Beispiele dieses Wandels. ... Dies berührt nicht nur individuelle Biografien und das Alltagsleben von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sondern macht auch konzeptionelle Weiterentwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit erforderlich. ... Angesichts dieser Veränderungen und Ansprüche wächst der Bedarf, aktuelle Informationen über die Lebenslagen, Einstellungen, Partizipationsmöglichkeiten und die Freizeitgestaltung von Jugendlichen zu erhalten.“²

Zusammenfassend ging es bei diesen Untersuchungen also um

- Selbstvergewisserung (wer kommt warum, wer kommt nicht und weshalb?)
- Grundlagen schaffen für konzeptionelle Weiterentwicklungen (auf welche Aspekte der sich verändernden Lebensbedingungen muss eine Antwort gesucht und gefunden werden?)
- Grundlagen schaffen für eine qualifizierte politische Diskussion (den Nutzen von Einrichtungen belegen zu können, die Bedeutung für die Jugendlichen insbesondere im Stadtteil/der Gemeinde)³

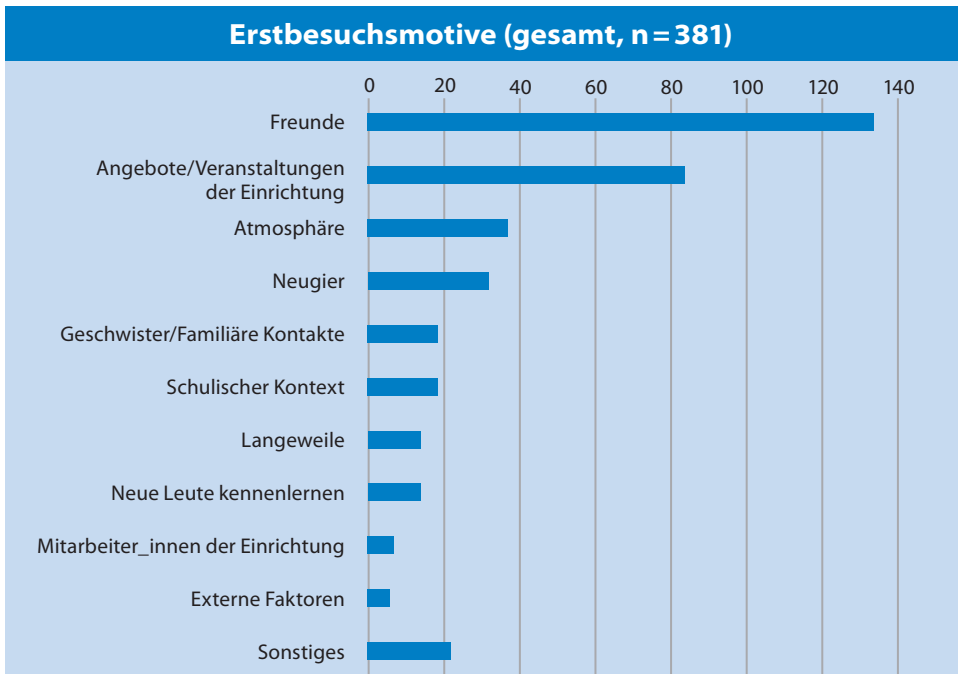
Ausgewählte Ergebnisse

Die Abschlussberichte füllen gut 500 Seiten, sie stellen also äußerst differenzierte Daten zu den einzelnen Fragestellungen zur Ver-

fügung. Es ist daher naheliegend, dass im Workshop lediglich einige ausgewählte Ergebnisse vorgestellt werden konnten.

Kommunaler Verbund: Ludwigsburg, Leonberg, Holzgerlingen und Weil der Stadt⁴

Bei diesem Teilprojekt wurden sowohl die Nutzerinnen und Nutzer der Einrichtungen, als auch alle Jugendlichen in den vier Städten befragt. Die Stichproben bzw. Ergebnisse sind repräsentativ. Jugendliche werden danach von der Offenen Kinder- und Jugendarbeit „in einer sehr großen Breite erreicht“, wobei eine leichte Tendenz zu mehr männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund sichtbar ist. Im Durchschnitt der vier Kommunen besuchen 9% aller Jugendlichen die Einrichtungen, in den beiden kleineren Städten mehr (13%).



Quelle: Mayer/Rahn/Daum, Reichweitenuntersuchung zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Ludwigsburg, Leonberg, Weil der Stadt und Holzgerlingen, 2017, S. 71

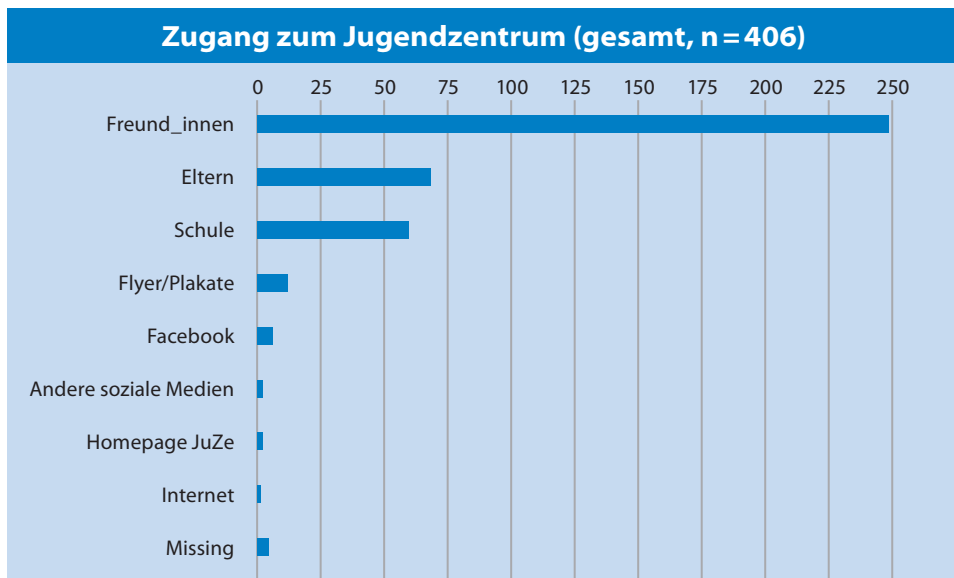
In erster Linie finden die Jugendlichen zunächst zumindest überwiegend zusammen mit Freunden bzw. in der Clique Zugang zu den Einrichtungen. Im Mittelpunkt ihres Interesses steht der Offene Betrieb, die Möglichkeit, sich zwanglos zu treffen. Allerdings sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein zentraler Faktor für das „Bleibemotiv“ der Jugendlichen („Vertrauenspersonen“). Dies wiederum ist die Basis, um den festgestellten hohen Bedarf an Alltagsberatung befriedigen zu können. Die spezifischen Freizeitinteressen der Jugendlichen sind nach den Erhebungen vielfältig, insofern plädieren die Verfasserinnen und Verfasser der Erhebung für ein eher breites Angebot in den Einrichtungen. Schwerpunkte sehen sie bei dem Wunsch der Jugendlichen nach sportlichen und kreativen Angeboten (siehe Grafik Seite 26).

„Zusammengefasst zeigen die beiden Untersuchungen, dass Kinder- und Jugendarbeit einen relevanten Faktor in den Le-

benswelten vieler Kinder und Jugendlicher darstellt. Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden keineswegs nur von einem bestimmten sozioökonomischen Milieu genutzt. Der Offene Bereich dient dabei noch immer als zentraler Treffpunkt für unterschiedliche Cliques und als „Raum“, der von den Jugendlichen angeeignet wird.“

Freiburg⁵

Die Reichweitenuntersuchung in Freiburg gibt eine differenzierte Antwort auf die Frage nach den Besucherinnen und Besuchern der Einrichtungen und deren sozialstrukturellem Hintergrund. Das Untersuchungsinteresse galt hier aber auch den Rahmenbedingungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit: Z. B. Qualifikation der Fachkräfte, finanzielle und räumliche Ausstattung. Sie widmet sich außerdem intensiv den Motiven der Besucherinnen und Besucher: Warum kommen die Kinder und Jugendlichen in die Einrichtungen? (siehe folgende Grafik)



Quelle: Mohnke/Breit, Abschlussbericht RWU Freiburg, 2017, S. 72

Ein auffälliger Befund war, dass Mädchen Mitbestimmungsmöglichkeiten positiver bewerten, und sie nutzen sie auch eher als Jungen.

Die AutorInnen – MAIKE MOHNKE, HELEN BREIT und der wissenschaftliche Begleiter ALBERT SCHERR – ziehen aus den gesammelten Daten eine Reihe von Schlussfolgerungen. Der Stadtteilbezug z. B. ist aus ihrer Sicht zentral, Erreichbarkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für den Besuch. V.a. für jüngere Mädchen ist es schwierig, Einrichtungen in anderen Stadtteilen zu besuchen. Neben dem Zugang über Freunde bzw. die Clique wird in Freiburg auch auf den persönlichen Kontakt gesetzt, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter außerhalb der Einrichtungen zu Jugendlichen suchen und finden können. Erstbesuche finden überwiegend (90%) vor dem 13. Lebensjahr statt, ältere Kinder und jüngere Jugendliche stellen auch die Mehrheit der Besucherinnen und Besucher. Interessant ist auch der Befund, dass ein Migrationshintergrund „keine Auskunft über etwaige Benachteiligungen geben kann“.

Detailliert wird auf die Wünsche der Kinder und Jugendlichen eingegangen. Dazu gehören mehr Öffnungszeiten am Wochenende, das Jugendhaus als ein Ort, wo sie sich mit Gleichaltrigen zwanglos treffen können: „Am liebsten treffen die Kinder und Jugendlichen ihre Freund_innen, hängen rum und hören z. B. Musik.“ Interessante Angebote außerhalb der Schule bzw. frei von deren typischen Strukturen werden ebenfalls geschätzt, z. B. Ausflüge. Viele Kinder und Jugendliche wünschen sich eine „technischen Modernisierung“, PCs, TV, WLAN.

Abschließend wird „hervorgehoben ...“, dass sich die Kinder und Jugendlichen keine Freizeitdienstleistung und keinen Erlebnispark wünschen, sondern die klassischen Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit weiterhin aktuell und gewünscht sind.

Die Kinder und Jugendlichen wünschen sich ein persönliches und personales Angebot. Sie wünschen sich ein offenes und flexibles, aber auch verlässliches Kinder- und Jugendzentrum. Sie wollen einen Raum für sich, für Gleichaltrige, in dem sie sein können, wie sie sind, in dem sie ihre Freizeit und einen Teil ihres Lebens verbringen können.“

Stadtjugendausschuss Karlsruhe⁶

In acht Einrichtungen des Stadtjugendausschuss Karlsruhe wurden die Besucherinnen und Besucher detailliert gezählt, in 19 weiteren wurde eine Kontrollerhebung durchgeführt. Aus den gesammelten Daten konnte mittels einer Hochrechnung auf den durchschnittlichen Besuch aller Einrichtungen während des ganzen Jahres geschlossen werden. Außerdem wurden Daten zur Nutzung der Jugendhäuser und zum Freizeitverhalten außerhalb der Einrichtungen erhoben.

Die Zählungen zeigen, dass die Einrichtungen im Durchschnitt gut besucht sind. Die absoluten Zahlen variieren selbstverständlich in Abhängigkeit zur Größe der Einrichtungen. Die Jugendlichen kommen auch in Karlsruhe in den meisten Einrichtungen mehrheitlich in den Offenen Betrieb. Bemerkenswert ist die lange Verweildauer von durchschnittlich mehr als zwei Stunden pro Besuch. (siehe Grafik Seite 29)

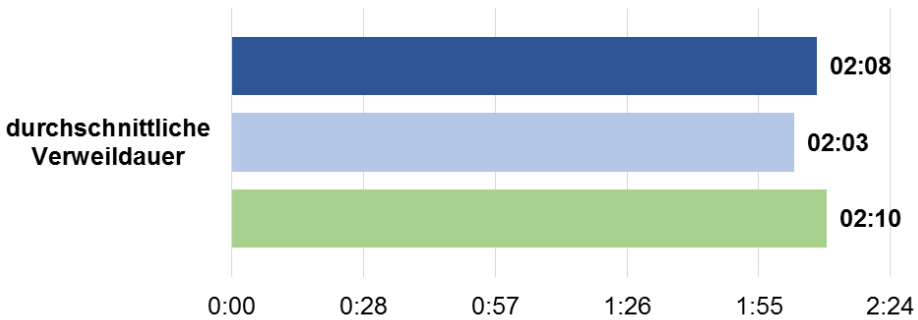
Mädchen kommen verstärkt nachmittags und nehmen häufiger an organisierten Angeboten teil. Ab 21 Uhr nimmt zumindest an Wochentagen die Anzahl der Besucherinnen und Besucher deutlich ab. Abgesehen von einzelnen Einrichtungen (z. B. Abenteuerspielplätzen) stellen Jugendliche die Mehrheit der Besucherinnen und Besucher, unterscheidet man einzelne Häuser, dann schwankt der Anteil der Jugendlichen allerdings zwischen 51% und 88%.

Die Besucherbefragung – 221 Kinder, 641 Jugendliche, davon etwa die Hälfte online

Mittlere Verweildauer Vergleich

(Angaben in hh:mm)

- Kinder und Jugendliche gesamt (n = 644)
- Kinder gesamt (n = 219)
- Jugendliche gesamt (n = 425)



Quelle: Dalaker/Luley/Kloss, Abschlussbericht RWU stja – Karlsruhe, 2016, S. 16

– ergab differenzierte Daten zunächst zum Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Schulbesuch/Berufsausbildung. Die Befragung richtete sich aber auch darauf, wie die Einrichtungen aktuell genutzt werden, zur Bedeutung der Häuser und der dort vorgehaltenen Ressourcen für die Besucherinnen und Besucher, und wie die gegebenen Partizipationsmöglichkeiten genutzt werden.

Fazit⁷

Martin Bachhofer hebt zunächst einige übereinstimmende Ergebnisse der drei Teilprojekte hervor: Der Offene Betrieb - „Chillen“ - steht hoch im Kurs, wird aber von Besuchern mehr geschätzt als von Besucherinnen. Die Jugendlichen kommen v.a., um Freunde und Freundinnen zu treffen.

„Chillen bedeutet dabei nicht einfach bloß nichts tun oder ‚rumhängen‘. Die Kinder und Jugendlichen tauschen sich aus, hören Musik, besprechen ihre Themen, handeln Interessen aus, knüpfen Kontakte, positionieren

sich in der Clique etc. Sie entscheiden selbst, welche Dinge für sie so große Bedeutung haben, um sich damit zu beschäftigen.“⁸

Die Mehrheit verfügt über einen Migrationshintergrund v.a. in den Großstädten. Wichtig sind den Kindern und Jugendlichen die Ansprechpartnerinnen und -partner in den Einrichtungen. Partizipationsmöglichkeiten werden wahrgenommen.

In einem zweiten Schritt diskutiert er den Umgang mit diesen Daten im Hinblick auf die Ziele der Untersuchungen. Denn:

„Die Zahlen und Daten, die Einschätzungen und Beschreibungen, die die empirische Sozialforschung liefert, sprechen in aller Regel nicht einfach für sich. Sie bedürfen der Einordnung und der Interpretation. Sind ... 7% der Kinder und Jugendlichen in Ludwigsburg, die durch die Angebote der offenen Arbeit „erreicht“ werden, nun ein „guter“ Wert oder ein „schlechter“ Wert? Wer legt das fest? Was sind die Konsequenzen daraus?

... Werden die erhobenen Zahlen und Daten „intern“, also innerhalb des Trägers bzw. der Einrichtung verwendet, bleibt das Risiko überschaubar: Da gibt es i. d. R. den dafür notwendigen Raum, die Zahlen sinnvoll einzuordnen, ihre Entstehung und Bedeutung auf eine konzeptionelle Weiterentwicklung hin zu interpretieren.

Ähnliches gilt, wenn auch mit Einschränkungen, für die Diskussion in der Fachöffentlichkeit, also beispielsweise auf Fachtagen, Workshops etc. Die Debatte zu konzeptionellen Entwicklungen in der Kinder- und Jugendarbeit und zu Fragen der Sichtbarmachung der Leistungen können auf der Grundlage der Reichweitenuntersuchungen auf einem fachlich sehr guten Niveau geführt werden.

Gefahren birgt die Verwendung der Zahlen und Daten in der (kommunal)politischen Diskussion. Dort fehlen häufig die Räume für eine ausführliche Darstellung und Herleitung sowie für die richtigen fachlichen Konsequenzen aus den Ergebnissen. Nicht immer findet sich dann eine Lokalzeitung, die die Untersuchung beinahe ganz-

seitig mit ausführlichen Stellungnahmen referiert.“⁹

Feststeht, dass die bei den Untersuchungen erhobenen Daten eine wichtige Grundlage im Hinblick auf die drei Zielsetzungen darstellen. Feststeht, dass es notwendig wäre, diesen Datenbestand zu verbreitern und dabei auch zu verfeinern. Feststeht, dass die Diskussionen zur konzeptionellen Weiterentwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf örtlicher, regionaler und überregionaler Ebene auf der Grundlage solcher gesicherter Daten vorangetrieben werden müssen. Feststeht, dass noch einige Fantasie darauf verwendet werden muss, wie diese Untersuchungsergebnisse in den politischen Diskurs auf den unterschiedlichen Ebenen eingebracht werden sollen.

Die Reichweitenuntersuchungen sind als Download zu finden auf: <http://www.lago-bw.de/reichweitenuntersuchungen.html>

Fragen zum Projekt?

Martin Bachhofer, Geschäftsführer
der AGJF Baden-Württemberg
m.bachhofer@agjf.de

Anmerkungen

- 1 <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/soziales/kinder-und-jugendliche/zukunftsplan-jugend/kjajsa-gestalten-foerdern-weiterentwickeln/>
- 2 Reichweitenuntersuchung zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Ludwigsburg, Leonberg, Weil der Stadt und Holzgerlingen. Kurzbericht Seite 5
- 3 Vgl. dazu Martin Bachhofer: Wer kommt und wer kommt nicht? Sechs Untersuchungen zur Reichweite der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit. In: Offene Jugendarbeit, Heft 1/2018, S. 24 – 33
- 4 Vgl. i. f. Kurzbericht RWU Kommunalen Verbund gesamt.pdf
- 5 Vgl. i. f. Reichweite der Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit für den Raum Freiburg.

- Abschlussbericht zur Untersuchung im Rahmen des Förderprogramms „Reichweitenuntersuchungen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“.
- 6 Vgl. i. f. Michael Dalaker, Torsten Luley: Wie wird die Offene Kinder- und Jugendarbeit des Stadtjugendausschuss e. V. Karlsruhe genutzt? Ergebnisbericht zur Besucherzählung und Besucherbefragung 2016.
 - 7 Vgl. Martin Bachhofer: Wer kommt und wer kommt nicht? Sechs Untersuchungen zur Reichweite der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit. In: Offene Jugendarbeit, Heft 1/2018, S. 24 – 33
 - 8 a.a.O.
 - 9 a.a.O.

Workshop 2

Qualitätssicherung und -entwicklung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Das Handbuch Qualitätsmanagement der Berliner Jugendfreizeiteinrichtungen¹

Das Handbuch Qualitätsmanagement der Berliner Jugendfreizeiteinrichtungen (QM-Handbuch) wird seit 2005 von den ca. 400 Berliner Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen als Instrument der Selbstevaluierung genutzt. Anfang 2019 wird die überarbeitete und ergänzte 4. Auflage veröffentlicht.

Das QM-Handbuch steht auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie als Download zur Verfügung (www.berlin.de/sen/jugend/jugend/freizeit).

Welche Ziele und Absichten liegen dem QM-Handbuch zugrunde?

Wie lassen sich die Qualitäten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit so darstellen, dass sowohl die fachlich-pädagogische Arbeit vor Ort inhaltlich gefördert als auch steuernde Entscheidungen des Jugendamtes und der Jugendhilfeausschüsse durch sachgemäße Informationen unterstützt und das fachliche Vertrauen der kommunalen (Jugend)politik in die Wirksamkeit dieses Handlungsfeldes gestärkt wird? Diese Fragen standen 2001 am Beginn des Modellprojektes „Qualitätsentwicklung der Berliner Jugendarbeit“, das als weitere Elemente Verfahren zum Berichtswesen und Vorschläge für kommunale Wirksamkeitsdialoge in Berlin hervorgebracht hat.²

Das Berliner QM-Handbuch wurde angeregt durch Projekte zur Qualitätsentwicklung der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen, die mit dem Begriff „Wirksamkeitsdialog“ verbunden waren, insbesondere durch das „Handbuch zum Wirksamkeitsdialog in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ der Projektgruppe WANJA.³

Während das WANJA-Projekt Qualitätskriterien für die Offene Kinder- und Jugendarbeit aus den Ergebnissen qualitativer Sozialforschung ableitete, ist das



Wolfgang Witte

Berliner QM-Handbuch das Ergebnis eines dialogischen Prozesses, in den alle Akteure, insbesondere Mitarbeiter*innen von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Vertreter*innen von Trägern und Jugendämtern, die Sozialpädagogische Fortbildung sowie die Leitungsebene der Berliner Jugendhilfe⁴ und der Landesjugendhilfeausschuss einbezogen sind. Die Koordination des Projektes übernahm die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in ihrer Rolle als Landesjugendamt.

Die Inhalte des QM-Handbuches entspringen einem dialogischen Prozess der pädagogischen Fachkräfte der Jugendarbeit in Einrichtungen Trägern und Verwaltungen. Erkenntnisse und Verfahren aus dem wissenschaftlichen Bereich fließen ein, wenn beteiligte Fachkräfte u. a. an Modellvorhaben oder Weiterbildungen mitgewirkt haben und die Ergebnisse für ihre Vorschläge zur Weiterentwicklung des QM-Handbuches nutzen.⁵ Ebenso bilden sich weiter gefasste gesellschaftliche Diskussionen auch in der Sicht auf die Jugendarbeit ab, ohne dass ein Bezug zu bestimmten wissenschaftlichen Arbeiten benennbar wäre.⁶

Der Initiative für ein eigenes Berliner QM-Handbuch lag eine Reihe von Herausforderungen zugrunde, die den Fortbestand, mindestens die Qualität der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gefährdeten:

- Die späten Neunziger Jahre waren in Berlin zunehmend durch Kürzungen der öffentlichen Ausgaben geprägt, die insbesondere Leistungen betrafen, für die kein subjektiver Rechtsanspruch bestand.
- Die Änderung der Berliner Verfassung 1995 gewährte den zwölf Berliner Bezirken ein hohes Maß an Eigenständigkeit. Zugespitzt: Die Stadt Berlin begann sich nach innen wie ein Flächenland zu organisieren.
- Die verstärkte Entwicklung freier Träger

u. a. infolge der Vereinigung der beiden Stadthälften führte zu größerer Vielfalt an Konzepten und fachlichen Strukturen, die nicht immer den Aufgaben der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII entsprachen.

- Die Regionalisierung infolge der sog. Sozialraumorientierung stellte bestehende Fachzusammenhänge der bezirklichen Jugendarbeit infrage.
- Infolge der Umsetzung des Neuen Steuerungsmodells wurde angestrebt, Durchführungsaufgaben aus der öffentlichen Verwaltung auszugliedern und Ausgaben anhand formalisierter Wirkungsnachweise zu steuern.

Der sich abzeichnenden Erosion fachlicher Strukturen und gemeinsam geteilter Überzeugungen der Jugendarbeit in Jugendfreizeiteinrichtungen sollte mit dem QM-Handbuch entgegengewirkt werden. Ziel war, ein gemeinsames Verständnis von Jugendarbeit, ein gemeinsames Band, innerhalb und außerhalb des Handlungsfeldes zu dokumentieren.

Wie wurde das QM-Handbuch erarbeitet, wie wird es aktualisiert?

Ein gemeinsames Verständnis von Offener Kinder- und Jugendarbeit und eine verbindliche Nutzung werden nur erreicht, wenn alle Akteure einbezogen werden. Dies gelang in folgenden Schritten:

1. Auf fachlicher Ebene der Jugendarbeit wurde, gemeinsam von Fachkräften der Jugendämter, des Landesjugendamtes und von freien Trägern, ein Projektdesign erarbeitet und thematische Schwerpunkte vorgeschlagen, für die signifikante Kernaktivitäten⁷ identifiziert und qualitativ beschrieben werden sollten.
2. Das Projektdesign wurde in den Fach-

- gremien der Jugendhilfe vorgestellt. Die Leitungsgremien der Berliner Jugendhilfe (Landesjugendhilfeausschuss und AGBÖJ) beauftragten daraufhin die Erarbeitung des QM-Handbuches gemeinsam mit einem Modell für den kommunalen Wirksamkeitsdialog und ein gemeinsames Berichtswesen. In dem Projektaufbau sind alle Ebenen der Akteure der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vertreten.
3. Jeder festgelegte Schwerpunkt wird durch eine repräsentativ zusammengesetzte Arbeitsgruppe mit Unterstützung von Moderation bearbeitet. Die Arbeitsgruppe identifiziert Kernaktivitäten, die für ein Gelingen bedeutsam sind und beschreibt sie qualitativ mit Zielen, Qualitätskriterien (Rahmenbedingungen) und Indikatoren. Zu jedem Schwerpunkt gehört zusätzlich eine ca. zweiseitige konzeptionelle Beschreibung.
 4. Die Projektgruppe sichtet die Ergebnisse, diskutiert mit den Arbeitsgruppen offene Fragen und stimmt die Inhalte der Arbeitsgruppen ab.
 5. Aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppen wird eine Entwurfsfassung des QM-Handbuchs erstellt.
 6. Die Entwurfsfassung wird den Jugendämtern, Trägern und Einrichtungen mit der Bitte um Rückmeldungen und Vorschläge zu Verfügung gestellt.
 7. Die überarbeitete Fassung des QM-Handbuchs wird den Gremien (AG BÖJ und Landesjugendhilfeausschuss) zur Beschlussfassung übergeben.
 8. Die veröffentlichte Fassung enthält noch weitere Informationen im Anhang und ein Grußwort der politischen Leitung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.

Alle bisherigen Fassungen des QM-Handbuches sind im Wesentlichen auf diese

Weise entstanden. Die neue 4. Fassung des QM-Handbuches wird die folgenden Kapitel enthalten:

1. Grundlegende Ziele und Handlungsorientierungen
2. Kernaktivitäten zur Arbeitsorganisation
3. Kernaktivitäten zur fachlichen Weiterentwicklung
4. Schwerpunkt: Offener Bereich in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen
5. Schwerpunkt: Partizipation in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen
6. Schwerpunkt: Politische Bildung in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen
7. Schwerpunkt: Medienbildung in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen
8. Schwerpunkt: Sportorientierte Jugendarbeit
9. Schwerpunkt: Kulturelle Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit
10. Schwerpunkt: Geschlechterreflektierte Jugendarbeit
11. Schwerpunkt: Umwelt, Technik, Handwerk, Ökologie

Anhang mit

- Muster für einen Auswertungsbogen
- Dokumentationsbogen
- Hinweise für Befragungen
- Checklisten für Veranstaltungen
- Materialien für die Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung
- An der Erarbeitung des QM-Handbuches beteiligte Einrichtungen
- Hinweise zur Finanzierung und zu Ausstattungsstandards für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen

Wie soll das QM-Handbuch genutzt werden?

Idealtypisch kann die Arbeit der Einrichtungsteams mit dem QM-Handbuch wie folgt beschrieben werden: Zu Beginn eines Jahres

vereinbart das Jugendamt mit der Einrichtung bzw. mit dem freien Träger, welche Angebotsschwerpunkte während des Jahres durch die Bearbeitung der Kernaktivitäten von dem Team der Einrichtung evaluiert werden sollen. In der Regel sind dies ca. zehn Kernaktivitäten. Die Bearbeitung findet üblicherweise im Rahmen von Teamsitzungen und von Teamtagen statt. Die Arbeit mit dem Handbuch besteht dann aus folgenden Schritten:

- Alle Mitarbeiter/-innen lesen sich den Angebotsschwerpunkt durch. (z. B. Offener Bereich)
- Das Team klärt, mit welcher Kernaktivität begonnen wird. (z. B. Gestaltung des Eingangsbereiches)
- Das Team prüft, ob die zentralen Aspekte dieser Aktivität abgebildet sind. Falls notwendig, werden Ziele, Qualitätskriterien und Indikatoren ergänzt. Streichungen sollen nicht vorgenommen werden.
- Der Arbeitsbogen zu der Kernaktivität wird, ggf. mit Ergänzungen, für jedes Teammitglied kopiert.
- Jedes Teammitglied bewertet die Indikatoren für sich und ergänzt mit Stichworten und Kommentaren.
- Das Team bespricht jeden einzelnen Indikator mit den vorgenommenen Einschätzungen. Durch die gemeinsame Feststellung von Erfolgen und Schwierigkeiten sowie die Besprechung unterschiedlicher Bewertungen werden Verbesserungsbedarf, Konsequenzen und Schritte zur Umsetzung festgestellt.
- Nachdem alle Indikatoren besprochen wurden, wird der deutlich gewordene Verbesserungsbedarf zusammengefasst und festgehalten. Das QM-Handbuch beinhaltet als Arbeitshilfe hierzu das Muster eines Auswertungsbogens.

Abschließend verabredet das Team, wann die Umsetzung überprüft wird.

Durchschnittlich werden für die Bearbeitung einer Kernaktivität ca. zwei Stunden benötigt. Der tatsächliche Zeitaufwand ist davon abhängig, wie kontrovers und schwierig einzelne Themen sind. Die Arbeit mit dem QM-Handbuch soll für die Teams keinen zusätzlichen Besprechungsaufwand erzeugen, sondern hilft, Themen zu strukturieren, die auch sonst Gegenstand von Arbeitsbesprechungen sein würden. Die durch die Arbeit mit dem Handbuch ausgelösten Diskussionen und Meinungsbildungsprozesse bleiben dem Team zugeordnet und müssen nicht nach außen – dem Träger, dem Jugendamt, anderen Jugendeinrichtungen – berichtet werden. Es muss jedoch auf einem Dokumentationsbogen nachgewiesen werden, welche Kernaktivitäten wann und durch wen bearbeitet wurden. Diese Angaben sind durch die Einrichtungsleitung mit Unterschrift zu bestätigen.

Erfahrungen, Erfolge und Herausforderungen

- Seit 2002 bis 2018 haben ca. 200 Mitarbeiter*innen aus Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendämtern an dem QM-Handbuch mitgearbeitet.
- Das QM-Handbuch wird in allen Berliner Bezirken angewandt. Die Intensität der Nutzung ist jedoch in den Bezirken unterschiedlich.
- Fachliche Verständigung wurde erreicht, als fachliches Band wirkt das QM-Handbuch der Zersplitterung und fachlichen Erosion entgegen.
- Die Fachkräfte bewerten das QM-Handbuch als hilfreich, nutzen es u. a. als Nachschlagewerk und zur Einarbeitung neuer Kollegen*innen.
- Die Erarbeitung des QM-Handbuches ist anspruchsvoll, weil in der Jugendarbeit

- oftmals keine Übung besteht, konkrete Prozesse zu betrachten und inhaltliche Überzeugungen und Haltungen auf der Handlungsebene anschaulich zu machen.
- Die Anerkennung der Fachlichkeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit innerhalb der Jugendhilfe wurde verbessert.
 - Akteure mit spezifischen Themen drängen um Aufnahme ihrer Anliegen in das QM-Handbuch.
 - Das QM-Handbuch wird in der (Jugend-) Politik als Nachweis der Fachlichkeit anerkannt und in Diskussionen entsprechend angeführt.
 - Das QM-Handbuch hat den Boden für die gegenwärtig stattfindende Erarbeitung eines standardsichernden Jugendfördergesetzes für Berlin bereitet und unterstützt diesen Prozess aktuell.
 - Die Nutzung in den Einrichtungen ist abhängig u. a. von der Kommunikationskultur vor Ort und der Bereitschaft zu fachlicher, guter Arbeit.
 - Das QM-Handbuch muss leben, seine Inhalte müssen regelmäßig diskutiert, angepasst und überarbeitet werden.

KONTAKT

Wolfgang Witte
Pädagoge M. A.
Coach / Supervisor (DGSv/SG)
 Kantstraße 84 · 10627 Berlin
Telefon: 030-3241461
Email: wolfgang.witte@berlin.de
www.wolfgang-witte.com

Anmerkungen

- 1 Der Text wurde anlässlich der Fachtagung „Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt politisch!“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit e.V. und Fachverband Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit Brandenburg e.V. am 24. Oktober 2018 im Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) verfasst. Der Verfasser war bis August 2018 Referent für Jugendarbeit bei der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.
- 2 Vgl. W. Witte / M. Arlt: Qualitätsmanagement, qualitatives und quantitatives Berichtswesen als Elemente kommunalen Wirksamkeitsdialoge – das Modellprojekt „Qualitätsentwicklung der Berliner Jugendarbeit“ in: Deinet/Szlapka/Witte: Bausteine kommunaler Qualitäts- und Wirksamkeitsdialoge der Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden 2008 (VS Verlag)
- 3 Projektgruppe WANJA: Handbuch zum Wirksamkeitsdialog in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – Qualität sichern, entwickeln und verhandeln, Münster 2000 (Votum Verlag)
- 4 Die Leitungen der Jugendämter der zwölf Berliner Bezirke sowie die Referatsleitungen der Abteilung Jugend und Familie / Landesjugendamt der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie bilden die Arbeitsgemeinschaft Berliner Öffentliche Jugendhilfe (AG BÖJ), die Fachfragen abstimmt und Vereinbarungen trifft.
- 5 Dies geschah u. a. infolge eines von Ulrich Deinet geleiteten Projektes „Sozialräumlicher Blick in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ sowie der Projekte „Förderung gesellschaftlichen Engagements von benachteiligten Jugendlichen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ (GeBe).
- 6 Dies betrifft u. a. die Themen Gender Mainstreaming, Diversity und Inklusion.
- 7 Der Begriff „Kernaktivität“ wurde vom WANJA-Projekt übernommen und wird hier synonym mit „Schlüsselprozess“ und „Kernprozess“ verwandt.

Workshop 3

Rechtspopulismus in der Jugendarbeit begegnen – was braucht es? Fachliche Kompetenzen im Umgang mit rassistischen Ablehnungen und antidemokratischen Haltungen

Rechtspopulismus und Jugendarbeit

Das Erstarken des Rechtspopulismus trägt dazu bei, das antidemokratische, völkisch-nationalistische und heterosexistische Positionen sagbarer werden. Die Normalisierung solcher Positionen stellt eine Herausforderung dar, mit der auch Jugendarbeit konfrontiert ist. Etwa dadurch, dass ihre jugendlichen Adressat*innen von vermehrter Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt betroffen sind und/oder sich selbst diskriminierend äußern und verhalten. Nicht zuletzt sehen sich Fachkräfte und Träger als Vertreter*innen einer emanzipatorischen Profession Anfeindungen und Delegitimierungsversuchen durch rechtspopulistische Akteur*innen ausgesetzt. In der Fortbildungs- und Beratungspraxis stellen wir fest, dass Fachkräfte verunsichert sind, wie ein fachlicher Umgang hier aussehen soll bzw. kann. Deshalb ist die Frage danach, was es braucht, um Ablehnungshaltungen und Rechtspopulismus zu begegnen, auch eine Frage nach spezifischen Kompetenzen für Demokratiebildung in der Jugendarbeit, neben der Thematisierung struktureller Bedingungen.

Hinzu kommt: Rechtspopulistische Parteien sind europaweit erfolgreich und Eu-

ropa ist ein Schlüsselthema rechtspopulistischer Akteure. Viele rechtspopulistische Parteien haben sich explizit als Anti-EU-Parteien gegründet. Einerseits fordern sie die Renationalisierung von Entscheidungsprozessen und Institutionen. Gleichzeitig bilden sie jedoch länderübergreifende Bündnisse mit anderen rechtspopulistischen Akteuren und verfolgen ihre Vision einer internationalen Ordnung als ein „Europa der Vaterländer“ oder „Europa der Regionen“ (VIRCHOW, 2017). Ziel dieser Bündnisse ist politischer Einflussgewinn auf europäischer Ebene und die Ableitung von Strategien aus den Entwicklungen in anderen Ländern. So gibt es bspw. die Beobachtung, dass mit der Machtübernahme der FPÖ in Österreich Regierungsinserate in Tageszeitungen umverteilt werden (GÜRGEN ET AL. 2018). Die meisten gehen an unkritische Boulevardzeitungen, aber auch extrem rechte Medien und regierungnahe Blätter profitieren von den zusätzlichen Einnahmen. Ein ähnlich subtiles Vorgehen, um Einfluss auf Medien und Berichterstattung zu nehmen, findet sich schon seit 2016 in Polen durch die polnische PiS-Partei. Dies hat dazu geführt, dass die liberale Gazeta Wyborcza aufgrund ausbleibender Einnahmen bereits Journalist*innen entlassen musste (ebd.). Die Auswirkungen antiliberaler Regulierungen, die auch Soziale

Arbeit betreffen, lassen sich bereits jetzt in europäischen Ländern mit rechtspopulistischen und extrem rechten Parteien in Regierungsverantwortung beobachten: In Polen sorgen sich Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen um die Auswirkungen, die die Gründung des „Nationalen Institut der Freiheit“ für ihre Arbeit haben wird. Das Institut entscheidet zukünftig über die Verteilung von finanziellen Mitteln für zivilgesellschaftliche Initiativen. Die Entscheidungsprozesse sind jedoch nicht hinreichend transparent und es wird befürchtet, dass vermehrt konservative und fundamental-katholische Nichtregierungsorganisationen öffentlich gefördert werden (KAŹMIERCZAK 2017). In Ungarn werden Flüchtlingshelfer*innen durch neue Gesetzgebungen unter Generalverdacht gestellt und ihr humanitäres Engagement kriminalisiert (Deutsche Presseagentur v. 20.06.18). In Österreich stößt die extrem rechte „Identitäre Bewegung“ in Leerstellen, die der Abbau sozialer Strukturen in ländlichen Regionen hinterlassen hat, und versucht Jugendarbeit für diejenigen zu machen, die in ihr menschenverachtendes Weltbild passen. Ihr Vorbild ist dabei die neofaschistische Casa Pound Bewegung, die in Italien mit dem gleichen Ziel bereits erschreckende Erfolge verbuchen kann (AYYADI 2018).

Die Ausgangsbedingungen, unter denen Jugendarbeiter*innen in Europa mit rechtspopulistischen Entwicklungen umgehen müssen, sind verschieden. Es bestehen unterschiedliche gesetzliche Vorgaben, Fachstandards und Traditionen.¹ Hinzu kommt, dass der internationale Diskurs um Prävention von antidemokratischenhaltungen oft phänomen-übergreifend unter dem Schlagwort der Radikalisierungsprävention und der Prävention von „violent extremism“ verhandelt wird. Hier gefundene Erklärungsansätze und Modelle sind weithin

durch die Beschäftigung mit islamistischem Terrorismus geprägt. Dementgegen hat sich in Deutschland seit den 1990er Jahren eine breite Landschaft an Präventionsstrukturen herausgebildet, für die auch ein spezifisch pädagogischer Ansatz prägend ist. Dieser kritisiert die Verengung auf ordnungspolitische Konzepte als unterkomplex und nicht angemessen für die sozialpädagogische Arbeit mit jungen Menschen. Während diese Erkenntnisse und Erfahrungen kaum über den deutschsprachigen Raum hinaus diskutiert werden, schwappt das Konzept der Radikalisierungsprävention hingegen aus den internationalen Debatten auch nach Deutschland zurück und wird teilweise unkritisch von unterschiedlichen Akteur*innen übernommen.

Mit Blick auf die europäische Dimension des Rechtspopulismus gewinnt die Frage danach, was es braucht, um rechtspopulistischen Tendenzen und Strömungen aus Sicht von Jugendarbeit zu begegnen, auch übergreifende Bedeutung. Sie stellt sich in lokalen Kontexten, gesamtgesellschaftlich wie europaweit.

Die Strategische Partnerschaft „Eastern Europe Open Boundaries“

Vor diesem Hintergrund startete im Juni 2017 die strategische Partnerschaft „Eastern Europe Open Boundaries“ mit dem Ziel, ein europäisches Fortbildungscurriculum für demokratische Jugendarbeit zu entwickeln. Grundlage hierfür bilden die Erfahrungen und Expertisen von insgesamt sieben europäischen Partnerorganisationen im Feld von Jugendarbeit, kultureller und politischer Bildung und Weiterbildung von Fachkräften. Die Förderung der europäischen demokratischen Werte, die Beteiligung der Zivilgesellschaft und die Partizipation von jungen Menschen

sind dabei rahmende Ziele und grundlegende Haltungen der Projektpartner*innen.²

Ausgangspunkt waren dabei folgende Prämissen: Um erfolgreich gegen Ablehnung und Diskriminierung vorzugehen, benötigen Jugendarbeiter*innen angemessene Fähigkeiten, Konzepte und Handlungsstrategien für demokratische Bildung und integrative Jugendarbeit. Viele Methoden der Antirassismus- und Antidiskriminierungsbildung scheitern, weil ihnen Offenheit und freiwillige Teilnahme an den Angeboten der Jugendbildungsarbeit fehlen. Viele Konzepte erfordern feste Gruppenstrukturen und/oder sind als Workshopformate angelegt, die nicht immer leicht auf andere lokale Kontexte, Jugendarbeitssettings oder Zielgruppen übertragbar sind.

Das Rahmencurriculum versucht, diese Probleme anzugehen, indem es Jugendarbeiter*innen ein methodisches und strategisches Handlungskonzept zur Verfügung stellt, um situativ, perspektivisch und pädagogisch in der Arbeit mit Jugendlichen reagieren zu können. Es benennt erforderliche Kompetenzen zur Identifikation von Ursachen und zum Umgang mit antidemokratischen Haltungen und betont die Notwendigkeit eines klar menschenrechtsorientierten eigenen Standpunktes als Grundlage professionellen Handelns. So wird es Fachkräften möglich, ganzheitliche, non-formale pädagogische Maßnahmen zu entwickeln, die zu den jeweiligen Arbeitsfeldern passen und im Alltag tatsächlich umgesetzt werden können. Die Übertragbarkeit auf unterschiedliche lokale Kontexte wird dadurch gewährleistet, dass Gruppenkonstellationen oder Arbeitsformate nicht festgelegt sind. Stattdessen wird ein flexibler Rahmen angeboten, den Fachkräfte und Fortbildner*innen an ihre eigenen Arbeitskontexte und die Bedarfe im Team anpassen können. Das Konzept des Curriculums als

Rahmen bietet außerdem die Möglichkeit, Themen aus der jeweiligen Situation vor Ort abzuleiten, das sozialräumliche Umfeld einzubeziehen, sowie Fortbildungsinhalte bedarfsgerecht zu kombinieren und entsprechend der vorhandenen Ressourcen zu organisieren.

Was bringt eine internationale Perspektive für die lokale Praxis?

Das Rahmencurriculum kann zunächst einmal als ein Instrument zu einem qualifizierten Umgang mit Diskriminierung und antidemokratischen Haltungen im lokalen Kontext betrachtet werden. Es liefert Fortbildner*innen konkrete Impulse für die Konzeption ihrer Weiterbildungen, Fortbildungen und Beratungen. Dabei bleibt es möglich, Themen, Umfang und Umsetzung an die lokalen Bedarfe und Kontexte der Teilnehmer*innen anzupassen. Für Fachkräfte kann es ebenfalls Anregungen zur Reflexion der eigenen Fachlichkeit bieten und zur (Weiter-)Beschäftigung mit spezifischen Aspekten geben.

Darüber hinaus verstehen wir das Curriculum als eine Grundlage für Weiterentwicklung und Stärkung demokratischer Jugendarbeit auf europäischer Ebene, ausgehend von den beteiligten internationalen Partnerorganisationen. Es ist damit gleichzeitig ein Beitrag, den bundesweiten Fachdialog zu entsprechenden Kompetenzen und Professionalität zu bereichern und bei Qualitätsentwicklung stärker eine internationale Perspektive mitzudenken. Hierbei geht es um Austausch, Wissenstransfer, Weiterentwicklung und darum, eine gemeinsame Basis jugendarbeiterischer Fachlichkeit zu entwickeln, die letztlich lokale und regionale Strukturen stärkt.

Die beiden genannten Ebenen sind nicht klar voneinander zu trennen, sondern inei-

einander verflochten. Erfahrungen zeigen jedoch, dass dies in der Praxis nicht immer so deutlich wird, etwa wenn auf internationalen Veranstaltungen zum Thema eher wenige Fachkräfte „der Basis“ vertreten sind. Oder: Wenn in lokalen Kontexten die Relevanz internationaler Bezüge kaum eine Rolle zu spielen scheint, nach dem Motto: „Ich muss mich erst mal mit den Problemen hier vor Ort beschäftigen, bevor ich nach Europa schauen kann.“ Dabei können solche Bezüge die praktische Arbeit vor Ort bereichern und lokale Handlungsoptionen einer menschenrechtsorientierten, demokratischen Jugendarbeit erweitern, z. B. durch das Schmieden grenzübergreifender fachpolitischer Bünd-

nisse, die Ermöglichung solidarischer Unterstützung von und durch Kolleg*innen europaweit, aber auch durch die Ableitung eigener politischer Forderungen vor Ort mit Bezug auf vergleichbare Entwicklungen und Situationen für Jugendarbeit in Europa und europäische Jugendpolitik.

INFO

Romy Nowak • Projektmitarbeiterin im Projekt „MUT – Rassismusprävention. Demokratiebildung in Jugendarbeit und angrenzenden Arbeitsfeldern“, AGJF Sachsen e.V.
www.agjf-sachsen.de/mut.html

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu auch die umfassenden Fallstudien der Europäischen Kommission zum Stand von Jugendarbeit in den einzelnen Mitgliedsländern der EU: https://ec.europa.eu/youth/policy/implementation/work_en
- 2 Mehr Infos zum Projekt unter <http://uferlos.agjf-sachsen.de/newsreader/projekt-eeob-eastern-europe-open-boundaries.html>

Literatur

AYYADI, K. (2018). **Wie die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“ in die Jugendarbeit drängt.** Online unter: <http://www.belltower.news/artikel/identitaere-bewegung-jugendarbeit-14292> (zuletzt abgerufen 19.10.18)

DEUTSCHE PRESSEAGENTUR (20.06.2018). **Parlament stellt Flüchtlingshelfer unter Strafe,** Zeit Online. Online unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-06/ungarn-fluechtlingshelfer-gesetz-beschluss-parlament> (zuletzt abgerufen: 19.10.18)

GÜRGEN, M., HECHT P., JAKOB, C. UND ORDE, S.A. (2018). **Der rechte Propagandakrieg.** Wie Europas RechtspopulistInnen versuchen, mithilfe der Medien

ihre Macht auszubauen – und dabei voneinander lernen. online unter: <http://taz.de/efr/Der-rechte-Propagandakrieg/> (zuletzt abgerufen 19.10.18)

KAŹMIERCZAK, T. (2017). **Soziale Arbeit unter den Bedingungen einer nicht-liberalen Demokratie.** In: SOZIALMAGAZIN 11-12/2017, S. 39–46. Beltz, Weinheim.

VIRCHOW, F. (2017). **Globalisierung und Rechtspopulismus.** In: SOZIALMAGAZIN 11-12/2017, S. 13–19. Beltz, Weinheim.

Workshop 4

Qualitäten und Wirkungen der Offenen Jugendarbeit in Österreich. Überblick über die Jugendarbeitslandschaft, Rahmenbedingungen, Qualitätsmanagement, insbesondere Evaluierung und Berichtslegung

Bericht Burkhard Fehlren

Werner Prinzjakowitsch ist Pädagogischer Bereichsleiter im Verein Wiener Jugendzentren (www.jugendzentren.at) und Mitglied des Vorstands des 2009 gegründeten Vereins „boJA“, der sich als „bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit“ bzw. als „Kompetenzzentrum für Offene Jugendarbeit“ versteht. Sie ist auf der österreichischen Bundesebene eingebunden in unterschiedliche politische Gremien.

„boJA ist das Sprachrohr für das Handlungsfeld der Offenen Jugendarbeit – Ziel ist die Positionierung der Themen, Blickwinkel und Bedürfnisse der Offenen Jugendarbeit bzw. der Jugendlichen, die das Angebot der Offenen Jugendarbeit nutzen, im bundesweiten und internationalen jugendpolitischen Diskurs.“ (www.boja.at)

Offene Jugendarbeit in Österreich

Die Strukturen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit in Österreich sind in vielerlei Hinsicht vergleichbar mit denen der Bundesrepublik Deutschland (BRD). Die Zuständigkeiten für die Kinder- und Jugendhilfe liegen in je spezifischer Art und

Weise bei der Bundesregierung in Wien (Bundesjugendhilfegesetz), bei den neun Bundesländern, den Bezirken (vergleichbar mit Landkreisen) und den Kommunen. Programmatisch gilt Jugendpolitik als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe. Um dieses Verständnis allgemein zu verankern, wurde 2012 auch in Österreich im Rahmen einer EU-Initiative mit der Entwicklung einer nationalen „Jugendstrategie“ begonnen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit wird im Bundesgesetz nicht erwähnt. Allerdings fördert die Bundesregierung neben anderen landesweiten Organisationen auch die boJA. Voraussetzung für die Förderung dieser Organisationen ist eine „kontinuierliche Qualitätssicherung“. Auf der Ebene der Bundesländer gibt es Landesgesetze, die sich teilweise auch zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit sehr allgemein gehaltenen Rahmenbeschreibungen äußern.

Die Organisation der Jugendpolitik auf Landesebene ist nicht einheitlich geregelt. In allen Bundesländern gibt es jedoch Landesjugendreferentinnen oder -referenten, eine jährlich stattfindende Konferenz soll der Koordination dienen. Die Gemeinden wiederum werden als „der unmittelbare Le-

bensraum von Kindern und Jugendlichen“ verstanden, ihnen komme daher eine besondere Bedeutung bei der Ausgestaltung der Kinder- und Jugendarbeit zu. Neben den Ländern sind sie die Hauptgeldgeber für die Kinder- und Jugendarbeit.

Die Trägerlandschaft in Österreich ist ähnllich bunt wie in der BRD. In der Offenen Kinder- und Jugendarbeit tummeln sich sowohl freie (z. B. Vereine, Initiativgruppen) als auch öffentliche Träger (Gemeinden). Aktiv sind landesweit etwa 400 Träger, die teilweise mehrere Einrichtungen wie „Jugendzentren, Jugendtreffs, Jugendcafés“, aber auch „mobile Jugendarbeit“ betreiben. Bei der Beschreibung der Ziele und Aufgaben der Offenen Kinder- und Jugendarbeit finden sich die üblichen Stichworte wie z. B. „Bildung“, „Beratung“, „Persönlichkeitsentwicklung“, „Gender-Kompetenzen“, „Partizipation“, „Inklusion“, aber auch „Prävention“. Die offene Arbeit soll nach dem Willen des zuständigen Ministeriums Kinder und Jugendliche jedoch auch ausdrücklich dabei unterstützen, sich in (kommunal-)politischen Diskussionen einzumischen. Zumindest offiziell gilt ein Fachkräftegebot. Interessant ist, dass das von der boJA 2011 entwickelte „Qualitätshandbuch für Offene Jugendarbeit“ zumindest auf dem Papier die anerkannten Standards für die Offene Kinder- und Jugendarbeit setzt:

„Es werden Ansprüche an die Struktur, den Prozess und das Ergebnis für die professionelle Offene Kinder- und Jugendarbeit in Österreich beschrieben und zur laufenden Weiterentwicklung angeregt.“ (vgl. bmfj, Außerschulische Kinder und Jugendarbeit in Österreich. Ein Überblick)

Die Realität scheint nicht ganz so glatt zu sein, wie es diese Beschreibung des Bundesministeriums (seit 2017 ist das Bundeskanzleramt selbst zuständig) suggeriert. Denn tatsächlich ist die boJA bemüht, für „die – in

den Bundesländern sehr unterschiedlichen – rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen (eine) Vereinheitlichung auf hohem Niveau zu schaffen. Diesbezüglich gibt es seitens der BOJA einige Aktivitäten zur Qualität in der Offenen Jugendarbeit, die zum einen Standards definieren, zum anderen konkrete Tools zur Evaluierung anbieten.“ (Workshop)

Das Wirkungskonzept des Vereins Wiener Jugendzentren

Der 1978 gegründete Verein ist Träger von „40 Einrichtungen und Projekten“, Jugendzentren, Jugendtreffs, einem Mädchencafé, dem „Musischen Zentrum Wien“, dem Medienprojekt „CU television“ und „in eingeschränktem Ausmaß“ der Mobilien Jugendarbeit. Der Verein „... arbeitet nach dem Prinzip der Wirkungsorientierung. Dieser Zugang orientiert sich an den Kernfragen von Organisationen, die nicht auf finanziellen Profit ausgerichtet sind: „Warum tun wir, was wir tun?“, und: „Was soll damit erreicht/bewirkt werden?“ (Workshop)

Nach diesem Konzept der Wiener Kolleginnen und Kollegen werden sowohl einzelne Angebote, Angebotsschwerpunkte („Handlungsfelder“) als auch die Arbeit insgesamt entlang von „Wirkungsketten“ beschrieben. Sie sind das methodische Gerüst, um „angestrebte Wirkungen schlüssig mit den Aktivitäten und Ressourcen einer Organisation (zu) verknüpfen“ und zu evaluieren. (Vgl. i. f. „Wirkungskonzept“, www.jugendzentren.at/publikationen-blogbeitraege/publikationen)

Auf der Basis des Leitbilds des Vereins und interner Diskussionen wurde dafür zunächst ein Katalog der angestrebten „langfristigen Wirkungen“ entwickelt. Unterschieden wurde dabei zwischen „individuellen“, „sozialräumlichen“ und „gesellschaftlichen“ Wirkungen (drei „Wirkungsebenen“).

Die individuelle Wirkungsebene zielt auf die Förderung der Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung Jugendlicher. Konkretisiert werden diese Wirkungsziele z. B. unter den Stichworten Kompetenzen und Ressourcen, Selbstwert und Selbstvertrauen, Entwicklung kreativer Potenziale.

Die sozialräumliche Wirkungsebene verpflichtet offene Arbeit, sich dafür einzusetzen, dass „Freiräume, Jugendräume und öffentliche Räume altersadäquat, barrierefrei und unabhängig von der sozioökonomischen Lage zugänglich“ gemacht werden. Solche Räume ermöglichen „Interaktion, Begegnung, Kommunikation und konstruktive Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gruppen“. Die sozialräumliche Perspektive verpflichtet aber auch zur Vertretung der Interessen der Jugendlichen gegenüber dem Gemeinwesen und der Politik, wobei die Jugendlichen zu beteiligen sind.

Auf der gesellschaftlichen Wirkungsebene geht es um den Beitrag der offenen Arbeit zur Erhaltung des „sozialen Friedens, gesellschaftlicher Stabilität und Chancengleichheit, ... zu gelebter Demokratie und gesellschaftlicher Teilhabe Jugendlicher“.

Die unterschiedlichen Aktivitäten und Angebote der Wiener Jugendzentren wurden anschließend zwölf „Handlungsfeldern“ zugeordnet, gleichsam Angebotsschwerpunkte. Handlungsfelder sind z. B. „Treffpunkt Raum“, „Spiel, Sport und Erlebnis“, „Themenzentrierte Bildungsarbeit“, „Geschlechtsbezogene Arbeit“, „Medien“, aber auch „Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit“.

Im Konzept werden diese Handlungsfelder anschließend beschrieben und es werden ihnen erwünschte konkrete Ziele bzw. Wirkungen zugeordnet. Zur weiteren Verdeutlichung werden beispielhaft auch einige Aktivitäten/Angebote genannt.

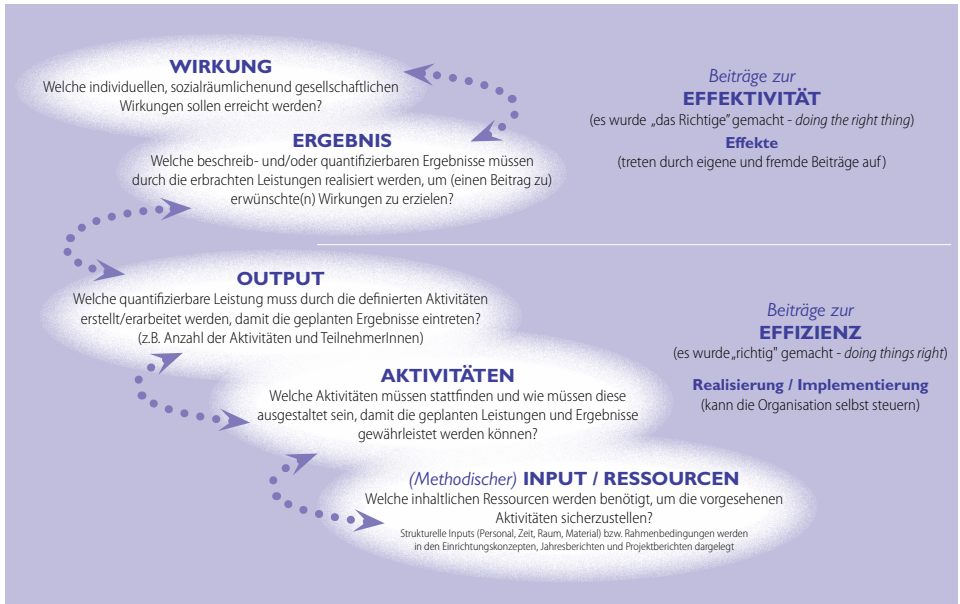
Beim Handlungsfeld „Treffpunkt Raum“ wird der von der Offenen Jugendarbeit an-

gebotene „Raum“ zunächst charakterisiert auch in Hinblick auf die darin aufgehobenen Möglichkeiten. Er ist z. B. vorstrukturiert (betreut), aber auch selbstorganisiert, er ist offen und leicht (freiwillig) zugänglich, der offene Betrieb (zwanglose Geselligkeit) ist zentral, aber auch Ausgangspunkt für unterschiedliche Prozesse. Vorausgesetzt, eine ausreichende Anzahl von Jugendlichen nutzt diesen Raum, findet dort gleichsam zwangsläufig „Begegnung mit Anderen“ statt. Die Jugendlichen lernen dabei „unterschiedliche Lebensentwürfe“ kennen, was sie dabei unterstützt, eine „eigene Lebensperspektive“ zu entwickeln. Ein so strukturierter „Raum“ fordert auf zu Prozessen der „Selbst- und Fremdwahrnehmung, Selbstbehauptung“, zur „Raumaneignung“ und zum Experimentieren mit „Konfliktlösungsstrategien“.

Anschließend geht es um die Wirkungen, die ein solcher „Treffpunkt Raum“ unterstützt, gleichsam Konkretisierungen und Differenzierungen der dem Handlungsfeld zugeordneten Wirkungen. Ein solcher „Raum“ bietet z. B. den Zugang zu Ressourcen unabhängig vom Geldbeutel, zu Partizipationsmöglichkeiten, zur Entwicklung vielfältiger Kompetenzen. Typische Angebote dazu sind naheliegender Weise der offene Betrieb („Jugendcafé“), „bedarfsorientierte situative Angebote“, Teams für Disco und Theke und selbstverwaltete Räume.

Von hier aus lässt sich nun die Idee der „Wirkungsketten“ erläutern, die geeignet sind sowohl zur Selbstvergewisserung (haben wir mit unserem Handeln/Angebot das erreicht, was wir wollten?) als auch zum Nachweis der Leistungen der offenen Arbeit gegenüber (interessierter) Öffentlichkeit und Politik.

Das Wirkungskettenmodell eröffnet so den Zugang zur systematischen Planung, Reflexion und Evaluation der pädagogischen Arbeit. Man „weiß, was man tut“ (Richard



Quelle: www.jugendzentren.at/publikationen-blogbeitraege/publikationen

Münchmeier), zumindest kommt man dem näher. Was muss getan werden, damit die erwünschten Ziele/Wirkungen erreicht oder zumindest möglich werden? Welche Ressourcen werden dazu benötigt? Welche Prozesse müssen unterstützt werden? Welche Ergebnisse werden konkret erzielt, auch die (häufig verabscheuten) quantitativen?

„Ein wichtiges Merkmal der Wirkungsketten ist, dass sie im Planungs- und Evaluierungsprozess in beide Richtungen gedacht werden können. Ausgangspunkt können sowohl die erwünschten Wirkungen sein (Wir stehen vor dieser Situation, wie wollen wir sie verändern, was brauchen wir dafür?), als auch die zur Verfügung stehenden Ressourcen (Wir haben diese Kompetenzen/Ideen, was können wir damit sinnvoll bewirken?).“

Methodisch zugänglich wird dabei auch die aus der frühen Qualitätsentwicklungsdiskussion (erstes Jahrzehnt dieses Jahrhunderts) bekannte Unterscheidung zwischen Effektivität und Effizienz.

„An den Wirkungen und Ergebnissen ist am Ende zu erkennen, ob die Arbeit tatsächlich effektiv war. Ist eine (gewünschte) Änderung oder Entwicklung eingetreten? Haben wir also die richtigen Dinge getan? Demgegenüber adressieren die Ressourcen (der Input), die (Form der) Aktivitäten und der Output die Frage nach der Effizienz. Haben wir die Dinge richtig getan? Stand der Input in einem vertretbaren Verhältnis zum Output?“

Einen weiteren Vorteil des Wirkungskettenmodells sieht der Verein Wiener Jugendzentren auch darin, dass es eine qualitative Evaluation der Arbeit ermöglicht.

„Bislang hat sich der Nachweis der Leistungserbringung sehr stark auf der Ebene der reinen quantitativen Leistung - des Outputs - bewegt. Diese rein quantitative Darstellung erlaubt jedoch keine ausreichenden Nachweise erzielter Wirkungen. Der inhaltliche Kontext innerhalb einer Wirkungskette ermöglicht es aber, die Evaluierung der Arbeit in Form von Quantifizierung und

Angestrebte Wirkungen

- Word Up regt zu selbstbestimmtem und eigenverantwortlichem Handeln an, aber auch das eigene Handeln kritisch zu reflektieren, in einen gesellschaftlichen Kontext einzuordnen und ein Bewusstsein für gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu entwickeln
- Jugendliche werden in Planungs- und Entscheidungsprozesse miteinbezogen
- Jugendliche werden als gesellschaftlich relevante Gruppe anerkannt und deren Partizipation, politische Mitbestimmung und öffentliche Einflussnahme gestärkt

Erzielte Ergebnisse

- Wünsche, Pläne und Vorhaben von Jugendlichen wurden formuliert und öffentlich präsentiert, auf Video dokumentiert
- Jugendliche erfuhren Wertschätzung durch Erwachsene
- Wissen über die Wiener Bezirksparlamente lt. Befragung danach gestiegen
- Umsetzungen vor allem in Parks vor Jahresfrist
- Weniger Devastierung im Öffentlichen Raum lt. Aussagen Bezirksvorstehung
- Die Jugendlichen identifizieren sich mit den Ergebnissen, vor allem die Kerngruppe. Ab kommendem Jahr soll es eigene Aufkleber für die umgesetzten Projekte geben
- Jugendliche Delegierte nehmen kontinuierlich teil, zu 82% immer anwesend
- Diskussionen in den Veranstaltungen waren in den Workshops sehr gut, im Plenum wenige Wortmeldungen, Moderator_innen waren sehr gut

Aktivität

- Word Up 20 – Bezirksjugendparlament, durchgeführt lt. eingereichtem Konzept

Output

Teilgenommen haben alle Schüler_innen der 8. Schulstufe des Bezirks (ca. 500), 47 wurden Delegierte, 4 jugendliche Moderator_innen wurden ausgebildet
Es gab: 7 Filmvorführungen, 22 Klassenworkshops, 2 Delegiertenworkshops, 4 Begehungstermine mit Jugendlichen, 2 Plenarsitzungen, 1 Abschlusspräsentation

Ressourcen

Projektmanagement, Expert_innenwissen Jugendarbeit
Bezirkspolitiker_innen, Fachexpert_innen Magistrat
12 Jugendarbeiter_innen (ca. 700 Arbeitsstunden)
Projektförderung seitens Bezirk 15.000 €
70.000 € Budget für Umsetzungen

qualitativer Beschreibung auf der Ebene der ‚Ergebnisse‘ zu vervollständigen.“

Beispiel Jugendparlament

Abschließend erläuterte Werner Prinzjakowitsch dieses Wirkungskettenmodell entlang eines konkreten Beispiels. Seit Jahren organisiert der Verein Wiener Jugendzentren im Rahmen des Handlungsfelds „Themenzentrierte Bildungsarbeit“ in mehreren Stadtteilen Wiens Jugendparlamente, das Projekt „wordup!“.

„Word up! heißt mitreden, mitbestimmen und Einfluss nehmen! wordup! ist ein Jugendparlament für SchülerInnen der 7. und 8. Schulstufe, bei dem die jungen Menschen Wünsche und Forderungen an die Bezirksvertretung stellen und an deren Umsetzung mitwirken können. Wordup! wird durch den Verein Wiener Jugendzentren in den Wiener Bezirken Leopoldstadt, Alsergrund, Brigittenau, Floridsdorf und Liesing durchgeführt.“ Eine Besonderheit ist, dass diese Bezirke vorab fixe Summen (jährlich 30.000 bis 100.000 Euro) zur Verfügung stellen, über deren Verwendung die Jugendlichen entscheiden müssen.

In Workshops, Plenarsitzungen, Begehungen etc. entwickeln die Schülerinnen und Schüler einen Katalog an Wünschen und Forderungen. Danach üben sie den Umgang mit dem Mikrophon, diskutieren über ihr Auftreten, um die Forderungen anschließend im Plenum auch gegenüber den Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Politik, „den Bezirksvorsteher_innen und

Vertreter_innen der zuständigen Magistratsabteilungen“ überzeugend vertreten zu können.

„Mit Word Up! haben junge Menschen die Chance bei Angelegenheiten, die sie selbst und ihr Umfeld betreffen, aktiv mitzuwirken. Ein wichtiges Anliegen von Word Up! ist aber auch, dass die Bedürfnisse und Ideen von Jugendlichen von Politik und Verwaltung ernst genommen und berücksichtigt werden. ...

Die Jugendlichen äußern bei den Treffen zahlreiche Anliegen in den Bereichen Infrastruktur (z. B. neue Sitzmöglichkeiten, Fitnessgeräte oder Trinkwasserbrunnen, gute Beleuchtung im Park), Umwelt (z. B. an unbenutzten Flächen in der Stadt Grünflächen errichten, mehr Mistkübel im öffentlichen Raum anbringen), Soziales (z. B. Unterstützung obdachloser Menschen im Bezirk) und Jugendkultur (z. B. mehr legale Graffitiwände).“ (www.jugendzentren.at/themen-projekte/word-up)

Zur Durchführung dieser Aktionen gibt es präzise Richtlinien (www.jugendzentren.at/publikationen-blogbeitraege/publikationen), die gewährleisten sollen, dass die im Wirkungskonzept formulierten Ziele für das Handlungsfeld auch erreichbar sind.

In einer zweiten Runde werden die Projekte gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik ausgewählt, denen das Plenum mehrheitlich zustimmt und die mit dem zur Verfügung stehenden Budget realisiert werden können. Realisiert werden die beschlossenen Projekte - wo dies möglich ist - unter Beteiligung der Jugendlichen.

KONTAKT

Werner Prinzjakowitsch

Vorstandsmitglied bOJA, Pädagogischer Leiter Verein Wiener Jugendzentren

w.prinzjakowitsch@jugendzentren.at

Workshop 5

„Läuft bei Dir?!“ Politische Haltung in der Jugendarbeit

Was heißt politisch handeln in der Jugendarbeit?

Mit Blick auf den Titel des Fachtages der BAG OKJE „Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt politisch!“ beschäftigen wir uns weniger mit der Frage, wie Jugendarbeit im Sinne von Lobbyarbeit auf politische Systeme wirken kann, wie Jugendpolitik eigenständig und als Querschnitt gestärkt werden kann, oder wie Jugendarbeit ihre Ergebnisse oder Wirkungen besser politisch vermarktet. Vielmehr interessieren uns die Auseinandersetzungen und die Wirkungen im „Politischen“ innerhalb der Jugendarbeit selbst, vor allem der Umgang mit gruppierungsbezogenen Ablehnungen und Abwertungen sowie mit rechtsextremen Orientierungen. Damit ist unterstellt, dass Jugendarbeit kein „unpolitischer“ oder neutraler Ort ist. Politisch ist nicht, sich „für politische Zwecke“ einspannen zu lassen – wie andersrum ein falsch verstandenes Neutralitätsgebot nicht „unpolitisch“ ist. Das Politische“ meint weniger (Partei-) Politik, das Wissen über Parlamentarismus und politische Systeme oder die Teilnahme an der U18-Wahl. Gerade die Offene Jugendarbeit bietet Kindern und Jugendlichen mit ihren Räumen (halb-) öffentliche Aushandlungsräume, gewissermaßen Arenen einer politischen Auseinandersetzung. Hier werden politische Debatten hineingetragen, was hier passiert, wirkt gleichermaßen politisch auf die Beteiligten und strahlt in den Sozialraum aus. Jugendarbeit nimmt ferner Politisches zur Kenntnis, wirkt

politisch, hat Vorstellungen, was es politisch umzugestalten gäbe, hat also im besten Sinne emanzipatorische und demokratische Zielstellungen.

Ein solches politisches Verständnis von Kinder- und Jugendarbeit kann sich auf die gesetzlichen Vorgaben des KJHG(SGB VIII) berufen. So heißt es bereits in § 1 Absatz 3, dass „junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung [zu] fördern“ sind und „dazu bei[zu]tragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen“ sowie „positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“ Im § 11 wird konkretisiert, dass Angebote der Jugendarbeit „an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden“ und diese „zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“ Dazu gehören insbesondere Angebote „außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer (...) Bildung“.

Was also kann Jugendarbeit als aufklärende politische Bildung Abwertungen, rassistischen, antisemitischen oder sexistischen Haltungen entgegensetzen? In einem Workshop im Rahmen der oben genannten Fachtagung haben wir uns mit dieser Frage auseinandergesetzt und anhand von Praxisfällen den Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und Demokratiefeindschaft im Arbeitsfeld

diskutiert und wesentliche Ansatzpunkte herausgearbeitet.

Jugendarbeit als Ort politischer Bildung

Offene Jugendarbeit ist ein Ort nonformaler (politischer) Bildung. „Auch und gerade in nonformalen Bildungsprozessen wird das Verhältnis zu sich und der Welt verhandelt und verändert. Bringen Jugendliche bspw. Erfahrungen von alltäglichem Rassismus und/oder Antisemitismus mit, können diese Ausgangspunkt von Bildungsprozessen sein, die – wie von Adorno formuliert – zur »Selbstbestimmung, Reflexion und zum Nicht-Mitmachen« befähigen“, so schreiben Thimmel/Wenzler (2015: 9) einleitend. Als politischen Anspruch nonformaler Bildung halten die Autoren fest, dass Offene Jugendarbeit heranwachsenden Menschen Möglichkeiten bietet, „sich zu erproben und sich als Gestalter_innen ihrer Verhältnisse zu erfahren, ohne die realen gesellschaftlichen Einschränkungen zu verleugnen. Eine politisch ausgerichtete nonformale Bildung zielt deshalb auf die Entwicklung von Urteilskraft, Reflexion und Handlungsfähigkeit bezüglich sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Verhältnisse. Soziale Anerkennung der Verschiedenheit von Menschen und der Eigensinnigkeit von Heranwachsenden sind Bedingung, um Optionen, Spielräume und Handlungsfähigkeit junger Menschen in realen Lebenszusammenhängen zu erweitern“ (Thimmel/Wenzler 2015: 12). Ein entsprechender subjektorientierter Anspruch kann dann entlang der „Prinzipien der Offenen Jugendarbeit“ (vgl. AGJF Baden-Württemberg o.J.) wie Offenheit, Freiwilligkeit, Partizipation, Lebenswelt-/Sozialraumorientierung oder Geschlechtergerechtigkeit ausbuchstabiert und daran beispielhaft das „Politische“ reflektiert und

herausgearbeitet werden. Das Politische und Situationen politischer Bildung finden sich im Setting und Agieren der Jugendarbeit selbst.

Jugendeinrichtungen sind als demokratische – politische – Aushandlungsräume zu gestalten und gleichzeitig möglichst diskriminierungs- und gewaltarm. Ein Verständnis von Demokratie über formale Bestimmungen hinaus, im Anschluss an John Dewey als Lebensform, ist dafür hilfreich. Es geht darum, einen Raum anzubieten, wo – zeitweise – Aushandlungen, Reflexionen, (Selbst-) Infragestellungen sowie neue Erfahrungen der Jugendlichen ermöglicht werden, ohne dass diese Zurechtweisungen und Normierungen der Peer-Group, des Lokalraums oder Gemeinwesens bzw. der Medien ausgesetzt sind. Konflikte stehen dem nicht entgegen: Jugendarbeit ist nicht gelungen, wenn sich alle gut verstehen. Damit das möglich ist, müssen Grenzen und Rahmen gesetzt werden, die u. U. Ausschlüsse bestimmter Personen wie organisierter Neonazis beinhalten. „Dies liegt insbesondere da nahe, wo entsprechende Dominanzstrukturen auch im erweiterten Sozialraum ausgebildet sind, zum Beispiel in Regionen, in denen eine rechte Alltagskultur Mainstream ist. Dann ist Jugendarbeit ohne stärkeres Gegensteuern von Pädagog_innen nicht immer ein Ort für Experimente und Erfahrungen nonkonformer Jugendlicher, sondern sie bildet den Resonanzboden erweiterter Hegemoniebestrebungen rechtsextremer Gruppen“ (Schäuble 2018). Grundsätzlich kann gelten, dass eine Jugendarbeit ohne kritische Haltung und Positionierung bei der Reproduktion hegemonialer Anforderungen und von Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie bei der Konstruktion und Abwehr von ‚Anderen‘ unfreiwillige Unterstützung leistet.

Die pädagogische Bearbeitung von Ablehnungen, Abwertungen und Ungleichwertigkeitsideologien als Querschnittsziel und als Qualitätsmerkmal

Wenn eingangs auf gesetzliche Regelungen verwiesen worden ist, so fragt Judith Rahner in der bereits zitierten Broschüre „Läuft bei Dir!“ vollkommen berechtigt: „Reichen solche allgemein formulierten Prinzipien aus, um den außerordentlich diversen Lebens- und Erfahrungsbezug von Jugendlichen sowie den aktuellen gesellschaftlichen Gegebenheiten gerecht zu werden? Und sind allgemein formulierte Forderungen nach Gleichbehandlung tatsächlich geeignet, um Diskriminierungsformen und Vorurteilen auch innerhalb der Jugendarbeit wirkungsvoll zu begegnen?“

Am Beispiel der Geschlechtergerechtigkeit lässt sich aufzeigen, dass allgemeine Appelle - in diesem Fall nach einem Abbau von geschlechtsspezifischen Benachteiligungen - in der Regel wirkungslos sind. Jahrzehntelange Auseinandersetzungen und die Formulierung von klaren, konkreten Zielen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit hingegen haben zu einer administrativen Implementierung von Instrumenten wie dem Gender Mainstreaming geführt, die heute im gesamten Bildungsbereich eine Selbstverständlichkeit sind. Die Gender-Diskussion zeigt: Wer Diskriminierungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit vermeiden sowie Chancengerechtigkeit und Partizipation fördern will, muss zum einen klar benennen, wodurch dies verhindert wird. Zum anderen gilt es, wirksame Gegenstrategien zu entwickeln, die gleichzeitig auf struktureller, institutioneller und administrativer Ebene wie auch auf inhaltlicher, methodisch-didaktischer und qualitativer Ebene ansetzen“ (Rahner 2015: 38).

Aus unserer Praxis wissen wir, dass solchen Querschnittsaufgaben im Alltag und angesichts knapper Ressourcen oftmals keine ausreichende strukturelle Absicherung und entsprechendes methodisches Handeln zukommt (vgl. Dietrich & Glaser 2015). Auch werden solche Inhalte noch immer nicht ausreichend bereits in der Ausbildung berücksichtigt. Kurze Fenster in Fort- und Weiterbildungen bilden oftmals neben spezifischen Teamsitzungen, angeregt durch hohes persönliches Engagement von Kolleg*innen, die schmalen Fenster einer thematischen Befassung.

... im Workshop

Eine Sensibilisierung der politischen Haltung allgemein und gegenüber Ablehnungen, Abwertungen und Ungleichwertigkeitsideologien stand entsprechend im Mittelpunkt des Workshops; entlang der Frage: „Kann man sich in diesen Zeiten k(eine) politische Haltung leisten?“

Eine Praxisforschung, die die Fachstelle zusammen mit der Alice Salomon Hochschule durchgeführt hat, gab Einblicke in abwertendes Verhalten von Mädchen* und Jungen* sowie zum Umgang damit. Zwei Punkte sind dabei relevant: Insbesondere geschlechtsbezogene Abwertungen sind in Räumen der Jugendarbeit weit verbreitet. Und auch andere Abwertungen, wie Rassismus, haben Genderaspekte. Pädagogische Fachkräfte müssen neben gesellschaftlichen Geschlechter- und Machtverhältnissen diese Relevanz von Gender reflektieren und eine entsprechende politische Haltung ausprägen. Sonst erscheinen sexistische und homophobe Äußerungen als jugendliche Alltagssprache, es besteht die Gefahr, Mädchen nicht ernst zu nehmen und entsprechendes Verhalten von ihnen zu verharmlosen oder die Gefahr der männlichen Kumpanei und

„Verbrüderung“. Da Abwertungen von bzw. unter Jungen immer mit Männlichkeitsbeweisen und -absprachen verbunden sind, ist grundsätzlich die Arbeit gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit einer geschlechterreflektierenden Arbeit gegen Natürlichkeitsannahmen und Männlichkeitsideologien zu verbinden. Das gilt in Zeiten eines erstarkenden Rechtspopulismus mit klaren Anforderungen an Jungen, „wehrhaft und mannhaft“ zu sein oder auch „weibliche“ Kompetenzen in den Dienst rassistischer Mobilisierungen zu stellen, noch einmal dringlicher.

Anhand einer Fallbearbeitung in Kleingruppen wurden verschiedene Ebenen von Handlungsfragen ausgemacht: Muss ich reagieren, wenn befreundete Kolleg_innen auf einer lokalen flüchtlingsfeindlichen Facebookseite in rassistischer Art soziale Unterstützungsleistungen für Geflüchtete diskutieren? Und wie gehe ich mit Antisemitismus unter Jugendlichen um, der sich über eine Ablehnung Israels begründet? Was fordert aus einer fachlichen Perspektive zum Handeln auf, was macht einen Umgang damit schwierig und wann und wie sollte bzw. muss reagiert werden?

Was heißt das jetzt in der Praxis?

Arbeit gegen GMF bzw. Abwertungen (als undemokratische, verdrängende und diskriminierende Phänomene) verlangt eine kontinuierliche demokratieförderliche und menschenrechtsorientierte Arbeit. Eine alleinige Bearbeitung einzelner Facetten kann dazu führen, dass sich Abwertungen in anderen Facetten äußern, sich gleichsam verschieben. Ebenso sollten bereits „Alltagssprüche“ zum Handeln herausfordern, die sich häufig homophob, sexistisch und männlichkeitsabsprechend zeigen. Sie kennzeichnen das Normale, die meist unhinterfragte „Norma-

lität“. Jugendarbeit muss es darum gelegen sein, diese Normalität zu hinterfragen und dagegen anzugehen - denn hier werden Abwertungen und Ausgrenzungen erfahren und eingeübt.

Grundsätzlich ist ein Reagieren auf entsprechende Haltungen notwendig, egal ob diese von Jugendlichen oder von Kolleg*innen geäußert werden. Mit Widersprechen, Positionieren und Grenzsetzungen können sich Fachkräfte mit eigenen Positionen kenntlich machen - gegenüber Abwertenden, aber auch Betroffenen - und bestimmten Vorstellungen widersprechen. Barbara Schäuble spricht unter Bezug auf Cloos et al (2007) von der „Sichtbarkeitsregel“ als bedeutsames pädagogisches Moment „vor allem in Interaktionen, in denen Zugehörigkeit und Abgrenzungen verhandelt werden“ (Schäuble 2018). Ein Widersprechen ist sinnvoll, gerade wenn in den Lebenswelten der Jugendlichen sonst für solche Äußerungen kaum Widerspruch erhalten wird. Widerspruch und Streit, das Reiben an begründeten demokratischen und menschenrechtlichen Positionen der Fachkräfte ist attraktiv. „Erst mit dem Offenhalten einer Vielfalt möglicher persönlicher Einstellungen und dem Eintreten für eine Anerkennung vielfältiger Eigenschaften tragen Sozialarbeiter_innen dazu bei, „Orte der Bildung des Sozialen“ (Kunstreich 2013) im Sinne demokratischer Aushandlung und Sozialität zu gewährleisten. Dazu braucht es konfliktbereite Sozialarbeiter_innen, die Soziale Arbeit nicht als neutrale, sondern als demokratische verstehen und die nicht-hegemoniale Standpunkte und marginalisierte Gruppen parteilich stützen. So lassen sich die im politischen Raum formulierten Prinzipien des Minderheiten- und Pluralitätsschutzes, sowie Aspekte der Konzeption einer wehrhaften Demokratie in der Praxis von Jugendarbeiter_innen entdecken“, so Barbara Schäuble (2018).

Auch nonformale Bildungsarbeit kann damit nie „neutral“ im Sinne von „politisch indifferent“ sein. Im demokratischen Raum des Jugendhauses (und darüber hinaus) geht es darum, unterschiedliche Positionen sichtbar zu machen und in dieser (halb)öffentlichen Arena in Aushandlung zu treten. Das verlangt den Blick auf den Sozialraum und aktuelle gesellschaftliche Gegebenheiten. Positionieren erschöpft sich nicht im möglichst schlagfertigen Ad-hoc-Reagieren. Im „Ernstfall“ gerade in Regionen, welche soziokulturell mit wenig Infrastruktur ausgestattet, wo es starke ausgrenzende, rassistische bzw. völkische Hegemonien gibt, sind Schutz- und Inklusionsräume für betroffene, junge Menschen auch parteilich vorzuhalten. Grundsätzlich

gilt es aber, politische Bildungsprozesse mit den entsprechenden Inhalten und Zielen in das strategische und längerfristige methodische Handeln einzubetten. Angebote können hier an den präsenten Themen alltagslogisch und mit den Dynamiken im Raum verknüpft werden und somit an den Erfahrungen der Adressat*innen anschließen. Dann kann Jugendarbeit politisch wirken.

KONTAKT

Amadeu Antonio Stiftung Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus

Novalisstr. 12 · 10115 Berlin
gender@amadeu-antonio-stiftung.de
www.gender-und-rechtsextremismus.de

Judith Rahner studierte Gender-Studies, Musik- und Erziehungswissenschaften und ist Leiterin der Fachstelle. Sie ist seit vielen Jahren in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig, setzt dort zusammen mit Jugendlichen sowie unterschiedlichen KünstlerInnen und zivilgesellschaftlichen Akteuren Projekte gegen Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsideologien um.

Enrico Glaser studierte Soziologie und ist seit 2008 in der Erwachsenenbildung, in Projekten und freiberuflich, im Themenfeld Auseinandersetzung der Jugendhilfe mit Neonazismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit tätig. Schwerpunkt der Tätigkeit waren und sind geschlechterreflektierende Präventionsansätze.

Literatur

AGJF BAWÜ (O. J.): **Offene Kinder- und Jugendarbeit Grundsätze und Leistungen.** https://www.agjf.de/files/cto_layout/Material/PDFs/AGJF-Broschuere-web.pdf

CLOOS, PETER/KÖNGETER, STEFAN/MÜLLER, BURKHARD/THOLE, WERNER (2007): **Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit.** VS Verlag Wiesbaden.

DIETRICH, KAI/GLASER, ENRICO (2015): „**Von richtigen Freundinnen und falschen Freunden**“. Ansatz, Erfahrungen und Ableitungen aus der geschlechterreflektierenden Präventionspraxis in der Jugendarbeit. In: HECHLER, ANDREAS/STUVE, OLAF (HRSG.): **Geschlechterreflektierende Pädagogik gegen Rechts.** Verlag Barbara Budrich, S. 157-176.

RAHNER, JUDITH (2015): **Die pädagogische Bearbeitung von Ungleichwertigkeitsideologien als**

Querschnittsziel und als Qualitätsmerkmal von Jugendarbeit. In: AMADEU ANTONIO STIFTUNG (HRSG.): „**Läuft bei Dir!**“ Konzepte, Instrumente und Ansätze der antisemitismus- und rassismuskritischen Jugendarbeit, S. 38-41, <http://www.projekt-ju-an.de/w/files/juan/ju-an-2015-internet.pdf>

SCHÄUBLE, BARBARA (2018): **Jugendarbeit als Arena – Demokratietheoretische Überlegungen zur Offenen Jugendarbeit.** Corax 04/2018 (i. E.)

THIMMEL, ANDREAS/WENZLER, NILS (2015): **Offene Jugendarbeit als Ort Nonformaler (politischer) Bildung.** In: AMADEU ANTONIO STIFTUNG (HRSG.): „**Läuft bei Dir!**“ Konzepte, Instrumente und Ansätze der antisemitismus- und rassismuskritischen Jugendarbeit, S. 9-12, <http://www.projekt-ju-an.de/w/files/juan/ju-an-2015-internet.pdf>

Workshop 6

Öffentlichkeitsarbeit für die OKJA – lokal und regional

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein großartiges Arbeitsfeld mit vielen Chancen und Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, sich zu erfahren, auszuprobieren und Verantwortung zu übernehmen. Für die Fachkräfte ist es ein hoch anspruchsvolles und komplexes, pädagogisches Handlungsfeld. Die Herausforderung ist es, dies alles gut zu kommunizieren und gerade für Außenstehende nachvollziehbar darzustellen. Doch nur wenn die Fachkräfte der OKJA selbst, durch ihre Fachlichkeit und Erfahrungen, eine professionelle Haltung und ein klares Verständnis der OKJA entwickelt und gefestigt haben, können sie selbstbewusst, fachlich kompetent, sprachlich adäquat agieren und mit Herzblut emotional für die OKJA berühren.

Der Workshop legt deshalb neben den allgemeinen Grundlagen und möglichen Bausteinen der Öffentlichkeitsarbeit einen Fokus auf das Besondere der OKJA und wie dies auch in der Öffentlichkeitsarbeit sichtbar werden kann. So hat z. B. die Öffentlichkeitsarbeit in der OKJA die Aufgabe, die Themen der jungen Menschen zu übersetzen und in der Gesellschaft zu platzieren. Sie kann als Sprachrohr für die Jugend fungieren und die Jugendlichen somit mit ihren Anliegen sichtbar werden lassen.



KREISJUGENDRING MÜNCHEN - LAND

Ein weiterer Fokus des Workshops richtet sich aber auch auf die Menschen in den Verwaltungen und der Politik. Sie beeinflussen nicht nur durch die Finanzierung, sondern auch durch ihre Haltung und Erwartungen die Ausgestaltung der OKJA vor Ort oftmals maßgeblich. Deshalb ist es auch hier besonders wichtig, für diese Anspruchsgruppen die passenden Zugänge und Formen der Öffentlichkeitsarbeit zu finden.

KONTAKT

Marcus Fink
Geschäftsführer
m.fink@kjr-ml.de

Lena Schuster
Referentin
für Kommunale Jugendarbeit
l.schuster@kjr-ml.de

Eckpunkte der Öffentlichkeitsarbeit (folgende Abbildungen ab S. 52)

Öffentlichkeitsarbeit für die OKJA - lokal und regional

gut kommunizieren und
nachvollziehbar darstellen

Neben der eigenen fachlichen und
bewussten Perspektive gilt es auch die
Perspektive seines Gegenübers
einzunehmen und ihn bzw. sie zu
verstehen.

Statt ausufernd sich versuchen
zu erklären und zu legitimieren,
geht es darum
selbstbewusst, fachlich kompetent,
sprachlich adäquat zu agieren und
emotional zu berühren.

Öffentlichkeitsarbeit – Haltung zeigen

Öffentlichkeitsarbeit für die OKJA - lokal und regional

Öffentlichkeitsarbeit und Marketing sind
separat zu betrachten.

Zielgruppen und Ausgangssituation genau kennen.
Umweltanalyse, Konkurrenzanalyse, SWOT-Analyse
Zielgruppenanalyse, Design Thinking

>>>>>>> Strategien für die Öffentlichkeitsarbeit

Die Kultur, Codes und Sprache einzelner Kanäle
müssen gelernt werden, um tatsächlich erfolgreich auf
Social Media-Plattformen zu kommunizieren.

Verteiler und Checklisten
Pressearbeit / Pressemitteilungen
Onlinepräsenz / Social Media
Flyer und Plakate
Tag der offenen Tür
Give-Aways
Mix aus all den genannten Instrumenten
Corporate Design

Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit

Rechtlicher Rahmen

Öffentlichkeitsarbeit für die OKJA - lokal und regional

Lobby für junge Menschen

„Polster positiver Wahrnehmung“

klare Vorstellung, was erreicht werden soll
Perspektiven von Sender und Empfänger
verstärkende emotionale Wirkung
Freiraum und die eigene Art der OKJA nutzen
positiv und farbenfroh

Öffentlichkeitsarbeit in der OKJA und warum sie so wichtig ist

Öffentlichkeitsarbeit für die OKJA - lokal und regional

Vernetzung umfasst mehrere bis viele Akteur_innen, die ein gemeinsames Anliegen oder Thema haben.

Kooperationen umfassen mindestens zwei Akteur_innen, die eine gemeinsame Zielsetzung, vielleicht sogar eine gemeinsame Vision verfolgen.

In Kooperationen Charakter und das Profil der OKJA beibehalten

Lobbyarbeit durch Kooperation und Vernetzung

Einblicke, um für die OKJA zu begeistern

Öffentlichkeitsarbeit für die OKJA - lokal und regional

Menschen in Verwaltung und Politik beeinflussen nicht nur durch die Finanzierung, sondern auch durch ihre Haltung und Erwartungen oftmals die Ausgestaltung der OKJA vor Ort maßgeblich.

passende Zugänge und Formen
Gremien und Formate zur Informationsmöglichkeit
Kuratorium
Jahresberichte und Newsletter

Öffentlichkeitsarbeit für die Administration und Politik

Öffentlichkeitsarbeit für die OKJA - lokal und regional

Wertebildung
pädagogisch wirken
breite Wertevermittlung

Themen der jungen Menschen übersetzen und in der Gesellschaft platzieren

OKJA versteht die Sprache der Jugendlichen

Peer-to-Peer-Kommunikation

Jugendpolitik
„Slow Discussion“

entsprechende agile Wissensressourcen durch direkte Auseinandersetzung mit den Kindern, Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen und ihrem Kommunikationsverhalten

Gedankliche Auseinandersetzung zur Öffentlichkeitsarbeit in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

IMPRESSUM

Die Bundesarbeitsgemeinschaft **offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.)** ist seit 2005 Herausgeber der seit 1991 regelmäßig erscheinenden Fachzeitschrift **OFFENE JUGENDARBEIT**.

In ihr werden aktuelle Themen und Entwicklungen zur Kinder- und Jugendarbeit, vor allem in Kinder- und Jugendhäusern, Jugendzentren usw. diskutiert und beispielhafte Praxismodelle vorgestellt.

Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.), Siemensstr. 11, 70469 Stuttgart, Telefon: 0711 / 89 69 15-32, Fax: 0711 / 89 69 15-88, E-Mail: e.bachert@bundesnetz.de • **Verlag:** tb-verlag, Burkhard Fehrlen, Hegelstr. 48, 72072 Tübingen, www.tb-verlag.de, E-Mail: bfehlen@t-online.de, ISSN 0940-2888 • **Gestaltung:** KOHLERDESIGN, www.kohlerdesign.de • **Druckauflage:** 1.500 Exemplare, 4 x jährlich • **PDF-Abonnetten:** ca 5.000 • **LeserInnenkreis:** Träger und MitarbeiterInnen Offener Kinder- und Jugendeinrichtungen, DozentInnen, StudentInnen, Kommunale Jugendpflege • **Internet:** www.bundesnetz.de • **Redaktion:** Thea Koss, Burkhard Fehrlen • **Anzeigen:** Eric Bachert (BAG), Anzeigen- und Beilagenpreise auf Anfrage. Falls Sie Fragen haben, ist Eric Bachert Ihr Gesprächspartner, Telefon: 0711 / 89 69 15-32, E-Mail: oja@bag-okje.de

OFFENE JUGENDARBEIT erscheint viermal jährlich, Einzelpreis Druckausgabe **6,- €** (zzgl. Versandkosten), Jahresabonnement **15,- €** (inkl. Versandkosten), Zeitschrift als PDF **3,- €**, Bestellung unter www.tb-verlag.de. Für Mitglieder der BAG OKJE e.V. ist der Gesamtbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Kündigungen sechs Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements. Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Zeitschrift kann bezogen werden über die BAG OKJE e.V., über den Verlag oder den Buchhandel. Alle Rechte sind vorbehalten.

Die Herausgabe der Zeitschrift wird finanziell gefördert durch das
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend